

Biesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanschrift: Tageblatt Biesa.

Gemarz Nr. 20.

Das Biesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Biesa, des Finanzamts Biesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postleitzettel: Dresden 1584.

Ortslage Biesa Nr. 52.

Nr. 221.

Dienstag, 22. September 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Biesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzerrungen, Erhöhungen der Währungs- und Materialienpreise belassen wir uns das Recht der Preissteigerung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Rückerstattung sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewährung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Gründchrift-Zelle (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamezelle 100 Gold-Pfennige; zeitaufwändige und tabellarische Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife. Gewilligte Radatz erlässt, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Sitzungs- und Erfüllungsort: Biesa. Urtümliche Unterhaltungsbücher, Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückerstattung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Biesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. V. A. Leibnitz. Biesa: Anzeigentitel: Wilhelm Dittrich, Biesa.

Das Verhandlungsangebot der Tschechoslowakei.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Der Schritt des Berliner tschechoslowakischen Gesandten bei der Reichsregierung, durch den Deutschland fordert wird, mit der Tschechoslowakei ein Schiedsgerichtsabkommen abzuschließen, hat in Berlin durchaus keine Überraschung hervorgerufen. Vielmehr war man als deutscherseits von vornherein der Ansicht, daß die Regierungen der östlichen Mächte von sich aus die Initiative ergreifen müssen, wenn sie ein Interesse daran haben, mit Deutschland zu irgend welchen Vereinbarungen zu gelangen. Die Tschechoslowakei hat sich jetzt endlich dieser Erkenntnis gebeugt und ist direkt an Deutschland herangetreten, während sie bisher gemeinsam mit Polen immer wieder ihren Einfluss in London und Paris geltend zu machen suchte, um auf dem Umwege über die Entente-Mächte an den Sicherheitsabkommen beteiligt werden zu können. Dass ein solches Vorgehen in Deutschland eine Atmosphäre des schärfsten Misstrauens schaffen müsse, war ganz selbstverständlich, so daß sich die östlichen Mächte nicht wundern dürfen, wenn die deutsche Regierung es verhindert hat, daß die alliierten Regierungen Polen und die Tschechoslowakei von sich aus zu den Sicherheitsverträgen hinzuziehen. Jetzt, wo die Prager Regierung den ersten Schritt dazu getan hat, um mit Deutschland zu direkten Verhandlungen zu kommen, bestätigt sich auch die Richtigkeit der deutschen Politik, die an dem Prinzip festhielt, daß der Sicherheitspakt lediglich eine Angelegenheit der Westmächte ist und daß die östlichen Mächte an Deutschland zu wenden haben, wenn sie mit ihm ebenfalls zu Garantieabmachungen gelangen wollen. Man kann nunmehr mit einigen Interessen der künftigen Haltung Polens entgegenstehen, das bis heute noch nicht denutschland gekämpft hat, an Deutschland heranzutreten. Früher oder später wird sich jedoch die polnische Regierung doch noch dazu entschließen müssen, dem Beispiel der Tschechoslowakei folgen und ebenfalls ein Verhandlungsangebot an Deutschland zu richten.

Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš hat als gefährlicher Diplomat seine Aktion mit einer solchen Beleidigung eingeleitet, daß die Frage der Schiedsgerichtsverträge dadurch sofort einen akuten Charakter gewinnt. Man hat in den Berliner diplomatischen Kreisen den Eindruck, Dr. Beneš gehe diesmal in vollem Einverständnis mit der französischen Regierung vor, die ihm durch Briand einen deutlichen Wink gegeben hat. Sehr auffallend ist beispielweise die Tatsache, daß der tschechische Schritt noch vor dem deutschen Ministerrat erfolgt ist und dadurch die Reichsregierung gespannt wird, schon jetzt, wo man über die alliierte Einladung berät, hierzu Stellung zu nehmen und das tschechische Angebot mit der bevorstehenden Sicherheitskonferenz in Zusammenhang zu bringen. Immerhin wird man sich deutscherseits auf den Standpunkt stellen, daß ein deutsch-tschechischer Schiedsvertrag erst nach der Sicherheitskonferenz abgeschlossen werden kann. Bei der Erbringung des Sicherheitspaktes werde man zu einem Ergebnis über den allgemeinen Charakter der Schiedsverträge gelangen, so daß es unschwer sein werde, auf dieser Basis den Wünschen der Tschechoslowakei Rechnung zu tragen. Das Prager Außenministerium werde sich demnach gebunden müssen, bis die Angelegenheit zwischen den beiden Mächten spruchfrei geworden ist und es werde ihr kaum gelingen, durch ihr Verhandlungsangebot an die Reichsregierung den Gang der Sicherheitsverträge irgendwie entlastend zu beeinflussen. Nach unseren Informationen dürfte die Reichsregierung schon in kürzester Frist Gelegenheit nehmen, auf das tschechische Angebot zu antworten und den deutschen Standpunkt darzulegen, der in der Frage der Schiedsverträge schon durch frühere Abmachungen mit anderen Staaten hinreichend geklärt sein dürfte.

Die Aufnahme des Berliner tschechischen Schrittes in Warschau.

Die in Berlin abgegebenen Erklärungen der tschechoslowakischen Regierung über die Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Sicherheitspaktes mit Deutschland haben nach einer Meldung der Polnischen Bieg. aus Warschau dort sehr überzeugt. Wie das Blatt meldet, wird sich die polnische Regierung nicht dazu entschließen können, einen Parallel-Schritt zu unternehmen, da das polnische Außenministerium davon überzeugt sei, daß Polen im weiteren Verlaufe der Sicherheitsverhandlungen hinzugezogen werde. Auf jeden Fall scheine Polen, obgleich sich seine Hoffnung auf eine gleichberechtigte und gleichwertige Teilnahme an der Sicherheitskonferenz nicht erfüllt habe, die Ansicht zu haben, nur im Rahmen dieser Konferenz oder in unmittelbarem Anschluß daran über einen deutsch-polnischen Sicherheitspakt zu verhandeln.

Die Sitzung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett trat gestern nachmittag zu einer mehrstündigten Sitzung zusammen, an der alle Reichsminister mit Ausnahme des bishülflich abwesenden Reichswehrministers teilnahmen. Ministerialdirektor Dr. Goss erstattete ausführlichen Bericht über die Londoner Verhandlungen, woran sich nach einem Referat des Reichsaußenministers eine Auseinandersetzung hinsichtlich Fragen schloß. Die Beratungen des Kabinetts werden morgen fortgesetzt werden.

Kurze Verzögerung der deutschen Antwort.

Berlin. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird die deutsche Antwort auf die Einladung der alliierten Regierungen wahrscheinlich nur um zwei Tage verzögert werden. Die gegenwärtig im Gange befindlichen Verhandlungen des Reichskabinetts haben ergeben, daß die Reichsregierung vor der endgültigen Festlegung der deutschen Antwort noch den Standpunkt der beteiligten Parteien, insbesondere der Deutschen Nationalen prüfen muß. Reichskanzler Dr. Luther hat daher die Parteiführer erucht, daß am Mittwoch in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages durch ihre Vertreter bindende Erklärungen über ihre Haltung abzugeben. Man erwartet, daß das Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten von Hindenburg am Mittwoch seine endgültigen Beschlüsse fassen wird.

Auseinandersetzungen unter den Deutschen Nationalen.

Bei parlamentarischer Seite erfahren wir, daß es bei den Besprechungen der Deutschen Nationalen Führer, die am Montag begonnen haben, zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen über die Haltung der Partei zur Sicherheitspolitik gekommen ist. Die Meinungen über die Zweckmäßigkeit einer Teilnahme Deutschlands an der Sicherheitskonferenz gingen teilweise ziemlich stark auseinander. Immerhin ist es gelungen, die Stellungnahme der Deutschen Nationalen Fronten auf eine Resolution festzulegen, die unvergänglich dem Reichskanzler Dr. Luther übermittelt worden ist.

Macht geht vor Recht.

In einer Zeit, in welcher das Wesen des Völkerbunds und die Stellungnahme Deutschlands zu diesem Völkerbund-Instrument im Mittelpunkt der Auseinandersetzung und des Meinungsstreites stehen, hält es die Deutsche Bevölkerung für nötig, in schroffster Form, nur notdürftig durch formale und innerlich drückende Rechtsstil gestützt, vor aller Welt den Beweis zu führen, daß es nicht nach sachlichen Beweggründen, sondern lediglich nach politischen Gesichtspunkten seine Entscheidungen treffen kann. Die sogenannte Briefstahlfrage in Danzig, die durchaus nicht nur den etwas lächerlichen Begegnungsmach eines großen Kampfes um kleine Gegenstände hat, sondern die gründlich das Wesen der Souveränität dieses deutschen Staates und somit die Grundlagen der politisch-Danziger Beziehungen überhaupt berührt, ist zu ungemein Danzig entschieden worden. Gleichzeitig ist die ebenfalls lächerlich in feiner Weise getestifizierte Errichtung eines polnischen Militärlagers mittler im Danziger Hafengebiet bestätigt worden. Besonders heimlich, unter dem Deckmantel der Nacht, wurden seinerzeit die polnischen Briefträger in Danzig angebracht. Nun entwickelte sich ein eigenartiges Spiel. Danzigs Befreiung an den Völkerbund wurde dem Haager Gerichtshof übergeben, der ein etwas salomonisches Urteil fällte, indem er dem Völkerbund die Entscheidung überließ, wie weit die Hafengrenze, innerhalb derer die Briefträger angebracht werden durften, reiche. Der Völkerbund hat nun auf Grundlage eines Kommissionsberichtes die Entscheidung getroffen, daß so gut wie ganz Danzig zum Hafen gehören. Ganze drei Briefträger müssen die Polen opfern. Vergleichbar war der Hinweis des Senatspräsidenten Sahn, daß die Gutachtenkommission auf jede juristische Begründung verzichtet habe und sich zuletzt in Warschau und Genua orientiert habe, ohne Danzig nochmals zu hören. Obwohl also seinerzeit die Völkerbundskommissare sich unzweideutig auf Seiten Danzigs gestellt haben, obwohl ein einstimmiger Beschluß des Danziger Volksrates vorliegt, hat man "politisch" nicht rechtlich entschieden. In Danzig hat dieser Beschluß naturgemäß große Entrüstung hervorgerufen.

Tarif und die Entscheidung des Völkerbundsrats über den Postkonsort.

W. Danzig. In einem Leitartikel der Sonntagsausgabe der "Danziger Zeitung", berichtet "Der Freie Richter", der zu der Völkerbundentscheidung über den Danzig-polnischen Postkonsort Stellung nimmt, heißt es u. a.: "Die ganze Verhandlung vor dem Völkerbundsrat war lediglich eine Komödie. Der Völkerbundrat hat wie ein Richter gehandelt, der einen Angeklagten verurteilt, ohne ihn zu hören. Er hat freilich den Vertreter der Freien Stadt Danzig reden lassen, aber er hat nicht auf ihn gehört. Die Sachverständigenkommission hat den Rechtsfall "Eines Mannes Rede ist leines Mannes Rede" verlegt, indem sie vor der Abgabe ihres Gutachtens nicht in jeder Phase beide Teile gleichmäßig gehört hat. Präsident Sahn hat in seiner vorzüglich jahrlangen Rechtfertigung des Danziger Standpunktes auf den Widerspruch des Gutachtens zur Entscheidung des Haager Schiedsgerichts und auch auf die Defensionierung des eigenen Oberkommissars des Völkerbundes in der Postfrage hingewiesen. Sahn hat zu tauben Richten gesprochen. Gerechtigkeit und nichts als Gerechtigkeit hat er für die freie Stadt Danzig verlangt, als er die normale Anwendung des Haager Schiedsgerichtshofs gefordert hat, um eine gerechte Abgrenzung des polnischen Postkonsorts zu erwirken, aber die Richter hatten es eilig. Lord Robert Cecil erklärte das für einen zwecklosen Zeitverlust. Das Urteil war ja gefällt, wozu noch reden? Der Völkerbund soll sich nicht belägen, wenn der Glaube der Danziger Bevölkerung an seine Unparteilichkeit aufs tiefe erschüttert wird. Polen erfrebt bestimmte politische Ziele in Danzig. Es ist weniger ihm ein Vorwurf daraus zu

machen, daß es sie konsequent verfolgt, als dem Völkerbund, der sie wider Recht und Verträge begünstigt. In Würde und Unerborenheit muß die Danziger Bevölkerung mit ihrer Regierung dafür einsehen, daß die unerträgliche Entscheidung des Völkerbundsrates doch eines Tages noch einer Nachprüfung und Verichtigung unterzogen wird.

Reparationsleistungen der Reichsbahn.

Berlin. Der Generalagent für Reparationszahlungen teilt folgendes mit: Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat heute als erste Rate auf den Teil des Beförderungssteuervertrages, der auf die Annuität im 2. Jahre des Sachverständigenplans im Namen des Reichsvertrags zu entrichten ist, den Betrag von 28 010 776,15 Goldmark bezahlt. Die vom Beförderungssteuervertrag im 2. Jahre fällige Gesamtsumme beträgt 250 Millionen Goldmark, deren Zahlung gemäß der von dem Generalagenten mit der Reichsregierung und der Reichsbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vereinbarung und der Reichsbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vereinbarung grundsätzlich in Fristen von je einem Monat erfolgen soll.

Abreise des japanischen Botschafters.

Der japanische Botschafter A. Honda hat Berlin am Montag, den 21. September abends mit dem Expreß nach Berlin-Basel verlassen. Er begibt sich über die Schweiz und Italien nach Japan, wo er einen kurzen Urlaub einzubringen beabsichtigt. Seine Rückkehr nach Berlin ist im Laufe des nächsten März oder April zu erwarten.

Vor der Botschaft den Zug belegt, ehe er noch mal seine dankbare Anerkennung und lebhafte Freude über die herzliche Aufnahme, welche die japanischen Befie in Deutschland gefunden haben. Als Botschafter guten Willens und der Freundschaft des japanischen Volkes seien diese Befie hergeholt und der Besuch hätte sich als ein vollkommener Erfolg erwiesen. Er glaube und hoffe unverzüglich, daß dieses Ereignis einen Werthaben in den Beziehungen zwischen den beiden Völkern bilden werde und ganz besonders glücklich sei er bei dem Gedanken, daß es ihm persönlich vergönnt sei, als erster Japaner den frischen Eindruck der glorvollen Beziehungen, die wir haben in Berlin verbreitet hätten, in die ferne Heimat zu bringen und seine Landsleute zu übermitteln.

Der Aerofond teilt mit: Die Wahl-Befie, welche ursprünglich schon Berlin verlassen wollten, haben ihren Start nach Paris auf Donnerstag verschoben. Vorgetragen abend begibt sie sich unter Führung des Kaufmanns Abe nach Frankreich, um den Flugzeugbetrieb des Aerofond kennenzulernen und dann mit einem Flugzeug dieser Gesellschaft nach Hamburg.

Kein deutsch-japanischer Krieg.

Die deutsch-japanischen Wirtschaftsverhandlungen befinden sich immer noch auf dem toten Punkt. Bissher hat sich keine Möglichkeit ergeben, die Verhandlungen wieder aufzunehmen oder einen vorläufigen Modus vivendi zu schaffen. Wie wir hören, besteht jedoch leider kein Gefahr eines Krieges. Vergleichbar war der Hinweis des Senatspräsidenten Sahn, daß die Gutachtenkommission auf jede juristische Begründung verzichtet habe und sich zuletzt in Warschau und Genua orientiert habe, ohne Danzig nochmals zu hören. Obwohl also seinerzeit die Völkerbundskommissare sich unzweideutig auf Seiten Danzigs gestellt haben, obwohl ein einstimmiger Beschluß des Danziger Volksrates vorliegt, hat man "politisch" nicht rechtlich entschieden. In Danzig hat dieser Beschluß naturgemäß große Entrüstung hervorgerufen.

Vom Marokkokrieg.

Madrid. Der amtliche Bericht über die Lage in Marokko besagt: Die Ausladung spanischer Truppen in der Stadt Gebelila wird fortgesetzt. Man meldet zahlreiche Unterwerfungen von Riffleuten sowohl in der Ost- wie in der Westzone.

Kongress des Internationalen Bundes christlicher Gewerkschaften.

Buzen. In der Schlusssitzung des dritten Kongresses des Internationalen Bundes christlicher Gewerkschaften wurde für die Aufnahme neuer Mitglieder der Grundriss aufgestellt, daß die Wahl der Organisationsform der Gewerkschaften Angelegenheit eines Landes selbst sei. Voraussetzung für die Aufnahme der Organisation sei, daß sie die Zugeständnisse des Programms des Internationalen Bundes christlicher Gewerkschaften anerkenne. Die Aufnahme zweier Landeszentralen aus dem gleichen Lande erfolge, sofern diese selbst im Lande nicht getrennt seien, sondern eine Arbeitsgemeinschaft bilden. Diesem Grundriss entsprechend werden in der Sitzung zwischen der christlich-islamischen Gewerkschaft und dem Verband evangelischer Arbeiter und Angestellten neue Verhandlungen eingeleitet, um eine Verständigung herbeizuführen und damit die Aufnahme des evangelischen Verbandes in den Internationalen Bund christlicher Gewerkschaften zu ermöglichen. Die Wahl ergab die Bestätigung der bisherigen Mitglieder mit Jose Scherer-El. Gallo als Präsidenten. Neu in den Vorstand wurden gewählt: für Deutschland Ammann, Burthmann und Kutschke, für Italien anstelle von Valente Granati, für Jugoslawien Hostinek. Der Schlusssitzung wohnte der deutsche Arbeitsminister Brauns bei.

Die Fremdenlegion — eine deutsche Schande.

vds. Saarländische Zeitungen bringen in letzter Zeit mehrfach Mitteilungen über Söhne des Landes, die als Opfer der Fremdenlegion auf dem marokkanischen Kriegsschauplatz gefallen sind. Wenn schon das kleine Saargebiet den Erbgerügsbedürfnissen des imperialistischen Frankreichs einen hohen Blutzoll entrichtet, um wienig mehr wird das ganze besetzte Gebiet an der Auffüllung der Soldnertruppe beteiligt sein, für die das kostbare französische Blut bestimmt ist. Darüber hinaus stellt die deutsche Jugend des ganzen Reichs unbegreiflicherweise den Hauptteil der Scharen, die zum Verbluten und Verschachten auf den afrikanischen Blutstufen bestimmt sind. Man hätte es eigentlich für unmöglich halten sollen, daß nach dem Aus-

gang des großen Krieges auch nur ein einziger deutscher Jüngling seine gelundenen Knochen dem französischen Nachbar verschenken würde, denn man kann nicht einmal sagen, verfaulen. Alle hierfür angeführten Gründe, Abenteuerlust, Wanderdrang, gescheiterte Erzählungen, reichen nicht hin, dieses Sich-Bewegen! Täufender Deutscher zu erläutern oder gar zu entschuldigen. England hat seit zwei Jahren eine schlimme Arbeitslosigkeit, die zeitweise über zwei Millionen betragen hat. Dennoch würde es kaum einem Briten einfallen, sich in den Tod einer Fremdenlegionär zu stossen zu lassen. Die unsichtbaren starken Ketten eines bis in die Tiefe des Volkes hinreichenden Nationalgefühls halten ihn von selbst davon zurück, sich dermaßen zu vergraben oder zu verzieren. Dieses ganz und gar würdevolle, den Franzosen selbst ganz unerklärliche Verhalten so vieler

Deutscher, ist ein trauriger Beweis unseres unentwickelten Nationalgefühls. Die Franzosen folgern hieraus, und nicht ohne Grund, die Unterlegenheit der germanischen Rasse, die ihnen als Kanonenfutter ebenso leicht zur Verfügung steht, als die Völkerstaaten schwarzer, brauner oder gelber Färbung. Es ist ein Gesetz der Selbstachtung, daß wir Deutschen ernstlich darauf innen, der Schande der Heidelauferei in die Fremdenlegion ein Ende zu machen. Gegen die Werke richtet man mit geringen Strafen nichts aus; Denjenigen Landsmann aber, der es über sich bringt, durch freiwilligen Eintritt in die Legion seine Volksgemeinschaft zu schänden, treffe die unwiderrufliche Ausstossung aus dem Volksverband.

Amtliches.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume
werden Freitag und Sonnabend, den 25. und
26. September 1925, bei der unterzeichneten Be-
hörde nur dringliche Angelegenheiten erledigt.
Großenhain, am 18. September 1925.
A. Amtshauptmannschaft.

Schuttabladtplatz im Stadtteil Weida betr.

Wir geben hiermit bekannt, daß das Abladen von Schutt und Asche auf dem alten Uebungsplatz auf dem Guckigelande im Stadtteil Weida für die Bewohner der Ortsteile Neugraba und Neuweida hiermit gestattet wird. Auch ist das Abladen von Schutt und Asche auf diesem Platz denjenigen Einwohnern des übrigen Stadtgebietes gestattet, für die der vorgenannte Schuttabladtplatz eünftiger liegt, wie die übrigen Schutt- abladtplätze des Stadtbezirks.

Der Zugang zu diesem Schuttabladtplatz erfolgt vom Stadtteil Weida — Dampfstraße — aus über den westlichen der Nordstraße neu angelegten Fuß- fahrtsweg.

Der Rat der Stadt Riesa, am 18. September 1925.

Jam Anschluß an die Verpackung der staatlichen Weiden im Gasthof zu Moritz am Sonnabend, 10. Oktober 1925, findet die Verpackung der Weidenzündungen des Mittwochtes Brommit gegen sofortige Barzahlung statt.
Die Mittenausverwaltung.

Vereinsnachrichten

Turnverein Riesa. Heute 10 Uhr Turnausübung im Vereinsheim. Jungd. Orden. Mittwoch 8 u. Samstag. Gäste willk. Ortsaus. Beginn der morg. Mittwoch-Singstunde im Anschluß an das Kirchenkonzert gegen 10 Uhr abends.

Motorradclub Riesa 1925. Sonntag, 27. Sept., bei günstigem Wetter früh 5 Uhr am Riest Start zum großen Internationalen Motorcarrennen auf der Autobahn in Berlin, 150 Teilnehmer starten, 15 ausländische Staaten vertreten! Niemand verfüne dies bedeutet Rennen! Jungfra-Spielmannzug. Mittwoch 8 Uhr Stern-Zug mit Spielmannzug. Freitag (nicht Donnerstag) 8,15 Stern. Schwimmclub „Otter“ von 1908, Riesa. Morgen Mittwoch 6—7 Uhr Blöddenturnen i. d. Turnh.



Zu unserem am Sonnabend, 26. September 1925, abends 8 Uhr im Hotel zum Stern stattfindenden

Wehrwolf-Abend

haben wir alle deutschsprechenden Männer und Frauen Riesas ein. Ehrento bitten wir alle auf nationaler Grundlage stehende Vereine und Verbände, an diesem Abend teilzunehmen.

Ortsgruppe Riesa des Wehrwolf- Bund deutscher Männer und Frontkrieger.

Achtung!

Empföhle morgen Mittwoch und Sonnabend am Wochenmarkt

prima nordischmedische Streifenbeeren.

Im Geschmack kein Vergleich mit finnischer Ware.

Karl Wed.

Parkschlößchen. Morgen, Mittwoch Schweinefleischstücke, Graebenit bietet ein Herm. Vogel.

Kartoffelverrutzung!

Sonntag, am 27. September, werden auf dem Vorwerk Weinberg Kartoffelzellen bedingungsweise gegen Barzahlung verrutzt. Preis je Zelle, 250 m lang, 18 M. Baulandkunst früh 7 Uhr auf dem Wege Schmalkau-Bauholz, an der Kleinbahn. Mittenausverwaltung Borna.

Carl Hermann Nebel

sagen wir allen Verwandten, Nachbarn und Bekannten für den herrlichen Blumenstrauß und das Geleit zur letzten Ruhestätte unsern tiefgefühltesten Dank.

Riesa, 19. Sept. 1925.

Die tieftreuernde Gattin und Kinder.

Burkhardt vom Grabe meines lieben Gatten, unseres guten Vaters, Bruders und Onkels

Carl Hermann Nebel

sagen wir allen Verwandten, Nachbarn und Bekannten für den herrlichen Blumenstrauß und das Geleit zur letzten Ruhestätte unsern tiefgefühltesten Dank.

Riesa, 19. Sept. 1925.

Die tieftreuernde Gattin und Kinder.

Dahlienfreunde und freundinnen!

Mein Dahliensfeld steht in herrlichster Blüte. Wählen Sie jetzt während der Blütezeit Farbe und Sorte.

Paul Pinkert, Baum-schulen, Pausitz bei Riesa.

Brauerei-Restaurant Röderau.

Morgen Mittwoch

Kaffee-Kräntchen.

Als Spezialität: gefüllte Streuselküchen und Windbeutel mit Schlagsahne. — Kalte und warme Speisen. Getoppt. Biere. — Muß. Unterhaltung. Hierzu laden freundl. ein Paul Schröder u. Frau.

Für unsere Futtermittelabteilung

suchen wir einen bei der Landwirtschaft bestens eingeführten

Reisenden

gegen Gehalt und Provision.

Landw. Handelsgesellschaft Hesse & Co.
Delitzsch, Bahnhofstraße 11.

Auf dem Wege von Bahn-hof Riesa bis Lager Seithain wurde gestern abend von 7—8 Uhr ein Hinter- rad von neuem Handwag- verloren. Bitte abzug. bei Albrecht, Leithain-Lager Mannich. Parade 22, v.

Silberne Damenuhr
Montag gegen Mittag von der Kanalbrücke Langen- berg bis Glaubig verloren. Gegen Belohnung, abzugeb. Gräbs, Bautznerstr. 10, 2.

Wohl. Zimmer mit Wohnung frei.
Göttemann, Bischofstr. 52, 1.

Möbl. Zimmer
ev. m. Klavier, von gebild. Dame ges. Öff. unt. B 3062 an das Tageblatt Riesa.

Für Oktober d. J.

Pension gesucht
für eine auswart. 15jähr. Schülerin. Öfferten unter A 3063 a. d. Tageblatt Riesa.

Jung. Ehepaar
sucht 1. Oktober mögl. Zimmer mit Kochgelegen- heit. Öffert. unter C 3063 an das Tageblatt Riesa.

Gardinenspanner Stufenleitern

empfiehlt

A. Kuntzsch

Hauptstraße 66.

Statt besonderer Meldung.

Heute vormittag 8 Uhr ist meine liebe, edle Gattin, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester und Tante

Frau Sanitätsrat Manny Festner

geb. Kevel

nach kurzem Kranksein an Herzähmung sanft verschieden. Ihr Leben war selbstlose Liebe, Treue und Pflichterfüllung.

In unsagbarem Schmerz

Riesa,
am 22. September 1925.

Sanitätsrat Dr. P. Festner
zugleich im Namen
der übrigen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag, den 25. September, nach- mittags 1½ Uhr vom Trauerhause aus statt.

Deutscher, ist ein trauriger Beweis unseres unentwickelten Nationalgefühls. Die Franzosen folgern hieraus, und nicht ohne Grund, die Unterlegenheit der germanischen Rasse, die ihnen als Kanonenfutter ebenso leicht zur Verfügung steht, als die Völkerstaaten schwarzer, brauner oder gelber Färbung. Es ist ein Gesetz der Selbstachtung, daß wir Deutschen ernstlich darauf innen, der Schande der Heidelauferei in die Fremdenlegion ein Ende zu machen. Gegen die Werke richtet man mit geringen Strafen nichts aus; Denjenigen Landsmann aber, der es über sich bringt, durch freiwilligen Eintritt in die Legion seine Volksgemeinschaft zu schänden, treffe die unwiderrufliche Ausstossung aus dem Volksverband.

Café Central.

Mittwoch 4—6 Uhr

Damen-Kräntchen.

W 7 Uhr besentes Klavier-Trio.

Trinitatiskirche zu Riesa

Mittwoch, den 23. September 1925, 7,5 Uhr

KONZERT

als Vorkonzert zu dem am 28. September im Großen Saal der Musikakademie zu Budapest stattfindenden Konzert

Sopran: Senta Kutschbach

Alt: Charlotte Gläser

Tenor: Georg Meyer

Bass: Karl Zinnert

Chor: Chorverein Riesa

Orgel: Kirchenmusikdirektor Paul Gläser

Orchester: Orpheus-Orchester

Leitung: Iwan Schönebaum

Paul Gläser

Fantasi über die Ungarische Nationalhymne für Orgel

Ferencz Erkel

Ungarischer Hymnus für Chor, Orgel und Orchester

Carl Maria von Weber

Messe in G-Dur für Soli, Chor, Orgel und Orchester

Iwan Schönebaum

Der Hüter der Stadt

Cantate für Soli, Chöre, Orgel und Orchester

Paul Gläser

„Die Auferweckung des Lazarus“, Biblische Szene aus dem Oratorium „Jesus“ für Soli, Chöre, Orgel u. Orchester

Eintrittsprogramm zu 2,75 M., 2.— M., 1,50 M., 1.— M.

u. —,50 M. Pfarramtssakrale; Hoffmann, Hauptstr. 96;

Ziller, Hauptstr. 79; Munkelt, Wettinerstr. 31;

Gaertner, Stadtteil Gräbs, Hafenstr. 11.

1 kleine Biege

zu verk. Merzdorf 27.

1 zweck. Sportliegetuch mit Plane, 1 Kinderschlaf bei Schöllan-Oschw.

Süde für 1. oder 15. Oktober ein zuverlässiges

Birtschaftsmädchen

nicht unter 18 Jahren, welches schon in Stellung

war und im Kochen etwas

bemandert ist.

Gutsbesitzer Barth

Oberbisch. bei Riesa.

Korbmacher

saubere Arbeit, auf Grün-,

Platt- und geschlagene

Arbeit stellt sofort ein

Max Richter, Mühlchriz.

Bu melden bei Werk-

meister Brochner.

Gardinenspanner

Stufenleitern

empfiehlt

A. Kuntzsch

Hauptstraße 66.

Drainierrohre

sind in bester Ware vor-

rätig bei

Eugen Hülsmann



Abd el Krim schwer verwundet.

Nach einer Pariser Zeitungsmeldung soll Abd el Krim, der Führer der Rifstämme, bei der Eroberung des Gebirgsstädes von Oubane durch die Franzosen schwer verwundet worden sein. Durch einen Gewehrschuss wurde ihm das linke Bein geschmettert. Er wird durch zwei angeblich deutsche Ärzte behandelt.



Zum 40. Todestag Spitzwegs.

Am 28. September sind 40 Jahre verflossen, seit Spitzweg, der humorvolle Maler des Kleinstadtgerüsts, verstarb.



Der neue chilenische Gesandte in Deutschland.

Der neue chilenische Gesandte, ein Sohn des brasilianischen Geschäftsschreibers und Diplomaten Francisco Holste Barnhagen und möglicherweise ein Verwandter des deutschen Schriftstellers Barnhagen von Euse, ist vom Reichspräsidenten zur Ernennung seines Beglaubigungsschreibens empfangen worden. Der Gesandte kommt, wie der Reichspräsident, wieviel in ihren Aufgaben darauf hin, daß zwischen Chile und Deutschland jetzt eine aufrichtige Freundschaft bestanden habe und noch besteht.

Böllerbundversammlung.

Genua, 21. September. Die Böllerbundversammlung genehmigte in ihrer heutigen Sitzung ohne Debatte die ihr vorgelegten Berichte. Lebhaft der Bericht über den finanziellen Wiederaufbau Österreichs führte zu einer Aussprache, in der Suizid-Italien erklärte, daß Italien bereit sei, Österreich Wirtschaftserleichterungen zu gewähren und wiederholte verlangte, daß die Frage einer engeren Zusammenarbeit Österreichs mit seinen Nachbarstaaten vom Böllerbund unterstellt werde. Severo-Escherholzmaier sprach von den guten nachbarlichen und wirtschaftlichen Beziehungen seines Landes zu Österreich, legte aber hinzu, daß zunächst einmal die Stellungnahme des Wirtschaftsausschusses des Böllerbundes zum Bericht der Sachverständigen Rist und Lantos abgewartet werden müsse. Graf Wendendorff erklärte, daß Österreich wegen seiner wirtschaftlichen Zukunft in größter Sorge sei und forderte die Nachbarstaaten Österreichs auf, an der Sicherung seiner wirtschaftlichen Lage mitzuwirken. Im Bericht über den finanziellen Wiederaufbau Österreichs wird u. a. mitgeteilt, daß für den Fall, daß der Böllerbundsrat die Finanzkontrolle innerhalb der nächsten 10 Jahre wieder einführen wolle, der entsprechende Beschluss vom Rat mit 2/3 Stimmenmehrheit gefasst werden müsse. In der Enthüllung der Böllerbundversammlung über den finanziellen Wiederaufbau Ungarns wird mit besonderem Nachdruck hingewiesen, daß zwischen Ungarn und den Nachbarstaaten, zwischen denen zur Zeit Wirtschaftsverhandlungen im Gange seien, Wirtschaftsverträge zustande kommen, durch die in ganz Mitteleuropa eine Herabsetzung der Zölle und damit eine Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen schrittweise herbeigeführt werden können.

Die Böllerbundversammlung führte zwei Enthüllungen, in denen sie die Hoffnung ausdrückt, daß die europäische Konferenz für Schiffseigenum und Binnenschifffahrt, die am 20. November 1925 aufzutreten, gute Ergebnisse erzielen werde. Sie lehnt jedoch die Aufforderung der Regierungen auf, die besondere Bedeutung der internationalen Konferenz zur Erleichterung des Paktwesens, die für das nächste Jahr vorgesehen ist sowie auf die Vorarbeiten zur Einberufung einer europäischen Konferenz zwecks Vereinheitlichung des Transportwesens. Die Böllerbundversammlung sprach ihre Genehmigung aus, daß die Regierungen immer mehr mit der handelnden Hygiencommission auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung zusammenarbeiten und vertrage sich sodann auf Dienstag vormittag.

Die Böllerbundversammlung nahm in ihrer gestrigen Sitzung noch einen von der holländischen Delegation eingebrachten Vorschlag betreffend Ausklärung gewisser Punkte des juristischen Gutachtens des Böllerbundsrates in der Korfsfrage ein. Angenommen wurde ferner ein von der britischen Regierung eingebrachter Zusatz zu Artikel 16 des Böllerbundspaktes, der eine klarere Fassung des betreffenden Artikels bewirkt.

Böllerbundtagung in Madrid.

Paris. Havas meldet aus Genua: Es scheint sich zu bestätigen, daß einer schon vor langer Zeit ergangenen Einladung der spanischen Regierung folgend, der Böllerbundsrat seine Dezembertagung in Madrid abhalten wird.

Zur Mossulfrage.

London. Der Staatssekretär für die Kolonien, Amery, wird heute oder morgen aus Genua hier zurückkehren. Daily Telegraph aufzugeben wird er sofort eine Unterredung mit Baldwin und Chamberlain wegen der Mossulfrage haben. Westminster Gazette meldet aus Genua, die Regierung vom Irak habe angekündigt, der zunehmenden Feindseligkeit der Türken um Entsendung einer britischen Division zu ihrem Schutz erachtet. Daily Mail meldet aus Genua, Tewfik Pasha habe ihrem Berichtshalter erklart, für eine freundschaftliche Regelung der Streitfrage sei eine ausreichende Grundlage vorhanden. Die Türkei sei nicht nur bereit, einen Sicherheitspakt, sondern auch die Festlegung entmilitarisierten Zonen mit ihren Nachbarn zu vereinbaren. Tewfik habe erklart, der Gedanke, daß britische Ansehen würde fehlen, wenn Großbritannien Mosul aufgabe, sei absurd. Die Türkei bitte alles Wertvolle, was sich Großbritannien wünschen könne, an: Freundschaft, Sicherheit und Petroleum.

Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph vermutet hinter der Haltung der Türken in der Mossulfrage wiederum u. a. den Einfluß Mossuls und sagt bezüglich Irak, wenn Großbritannien auf das Mandat verzichten würde, so sei damit zu rechnen, daß zum mindesten zwei Mächte, eine vormals alliierte und eine vormals feindliche Macht, sich um die Nachfolge bemühen würden.

Die Minderheitfrage im politischen Ausschuß des Böllerbundes.

Der politische Ausschuß der Böllerbundversammlung genehmigte gestern den Bericht über die Tätigkeit des Rates

in den Minderheitengauen. Eine entsprechende Resolution billigt ausdrücklich daß keiner vom Rat angewandte Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten über den Minderheitensatz, verwarf also damit die von Aponti-Ungarn und Galvauauskof-Litauen in der letzten Woche gemachten Anregungen. Nach Verlehung des Berichts ergriff Galvauauskof nochmals das Wort zu seinem Antrag und erklärte, die Diskussion habe gezeigt, daß die von ihm geforderte Forderung nach Ausarbeitung eines für alle Staaten maßgebenden Protocols zum Minderheitensatz noch nicht spruchfrei ist. Die Tatsache bleibe aber bestehen, daß die Minderheiten in den verschiedenen Böllerbundstaaten ungleich behandelt werden. Ein Teil der Minderheiten sei durch internationale Abmachungen geschützt, während bei den Minderheiten anderer Länder daö nicht der Fall sei. Er verlange in diesem Zusammenhang, daß jeder fünfzig in den Böllerbund eintretende Staat eine besondere Verpflichtung über den Schutz der Minderheiten unterzeichnen müsse. Der Redner betonte ferner den Unterschied zwischen angewandten Minderheiten und jenen, die seit langem in dem bestimmten Gebiete anstehen sind. Diese Unterscheidung sei besonders wichtig für die kleinen Staaten. Der Vorsitzende des Ausschusses Quecero-Salvador trat Galvauauskof inszeniert entgegen, als er den litauischen Delegierten am Schluß seiner Ausführungen darauf aufmerksam machte, daß die Aussprache über den Minderheitensatz bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses abgeschlossen worden war, worauf Lord Cecil unter scharfer Ablehnung der Argumentation Galvauauskof auf eine eingehende Entgegnung verzichtete. In dem Bericht über die Tätigkeit der Mandatkommission gibt der politische Ausschuß der Meinung Ausdruck, daß die Mandatsträger ihre Aufgaben in den Mandatsgebieten im Sinne des Artikels 22 des Böllerbundspaktes erfüllen. Bei der Aussprache über den Bericht machte Smith-England die Mitteilung, daß die Südafrikanische Union vor kurzem ein Gesetz erlassen habe, auf Grund dessen die Bevölkerung der ehemaligen deutschen Kolonien in Südafrika eine gewisse Autonomie erhalten und in Verwaltungsklagen direkt beteiligt werden soll.

Der Technische Ausschuß beantragte die Journeel-Frankreich, Syrien-Belgien und Tunesien-Chile mit der Ausarbeitung eines Berichts über weitere Verbesserungen des telephonischen, telegraphischen und drahtlosen Verkehrs angenommen der Presseberichterstattung. Der Bericht soll noch in der diesjährigen Tagung behandelt werden.

Politische Tagesübersicht.

Japans Finanzpolitik. Nach einer Meldung des Daily Telegraph aus Tokio erklärte der Finanzminister in einem Interview, Japan bedürfe durchaus nicht, das Goldembargo aufzugeben. Den jetzigen geringen Verschöpfungen würden weitere folgen, aber sie würden die Reserven nicht berühren. Sie seien lediglich eine Schuhmaßnahme im Übereck auf die umfangreichen Verkäufe im Auslande.

Scheidemanns Abgang von Kassel. Scheidemann hat sich gestern als Oberbürgermeister von Kassel in einem Schreiben an den Magistrat verabschiedet. Er wird seinen Wohnsitz nach Berlin verlegen. Es ist sehr wahrscheinlich, so steht es in dem Schreiben, daß er zukünftig am Ende aller Zentralbehörden ansässig, jederzeit bereit sein werde, im Interesse seiner Vaterstadt Hilfe zu leisten, wenn solche gewünscht werde. Das Reichsbanner veranlaßte ihm zu Ehren eine Kundgebung vor seinem Hause.

Frankreichs innere Angelegenheit. Wie Havas mitteilt, findet heute im Justizministerium unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Poincaré und der Teilnahme verschiedener Minister eine Versammlung von Vertretern von Industrie, Handel und Landwirtschaft statt, in der die Notwendigkeit eines Erfolges der inneren Angelegenheit dargelegt wird.

Neue Formen der Alkohol- und Tabakkonsum in Mexiko. Der Staat Tabasco hat ein Gesetz angenommen, wonach alle diejenigen einer besonderen Abgabe unterliegen, die in der Öffentlichkeit rauchen oder sich in angebruntem Zustande in der Öffentlichkeit zeigen. Der Vertrag soll zur Bekämpfung der Heimredenslage verwendet werden.

Der Reichspräsident richtete an den Landeshauptmann Dr. Horion in Düsseldorf ein Dankeschreiben, in dem er sagt: Nach Berlin zurückgekehrt denke ich an die Freude, die hinter mir liegt, mit lebhafter Predigt zurück und ich darf Sie versichern, daß die Tage dieser eindrucksvollen Freiheit mit unvergänglich bleiben werden.

Marx in Wien. Reichskanzler a. D. Marx ist vorgestern in Wien eingetroffen. Gestern machte er beim Bundeskanzler Dr. Namet, beim Bundeskanzler a. D. Dr. Seipel und bei den beiden Ministern Dr. Mataja und Dr. Schneider Besuch. Gestern abend hielt er in einer Versammlung der katholischen Schul- und Erziehungsbildungsorganisationen eine Rede.

Streit in der Metallindustrie. In der vergangenen Woche traten 400 Metallarbeiter in Hobenlimburg in den Ausstand. Daraufhin haben die Hobenlimburger Arbeit-

geber lärmten a. Z. noch beschäftigten Arbeitern zum 1. Oktober gefordert. Von diesen Maßnahmen werden 2000 Arbeiter betroffen. Für den Fall, daß bis zum 1. Oktober keine Einigung erzielt wird, beschäftigt der Arbeitgeberverband die gesamte Metallindustrie im Regierungsbezirk Arnsberg vollzogen, wodurch 50000 Arbeiter beschäftigungsfrei würden. Man rechnet mit den Eingreifen des Regierungspräsidenten von Arnsberg.

Eine Benzinlampe die Urlaube des Parlamentarbrandes in Tokio. Wie der Times-Korrespondent aus Tokio berichtet, ist die Ursache der Brandkatastrophe des Parlamentsgebäudes bereits geklärt. Ein Arbeiter hatte seine Benzinlampe unbewacht stehen lassen. Das Cabinet plant den Bau eines zweiteiligen Gebäudes, dessen Kosten etwa 1800000 Yen betragen würden, um für die kommende Winteraustausch einen Raum zu finden. Die Parlamentseröffnung wird im Kaiserpalast stattfinden.

Entmatrikulation des italienischen Senats im November. Der Senat wird am 5. November wieder eröffnet. An diesem Tage wird der Kronprinz als Senator den Eid ablegen. Mussolini auch Ratgeber der Krone. Das Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, aus dem hervorgeht, daß der italienische Minister des Neubaus nun an auch als Ratgeber der Krone fungiert.

Aus dem Barmat-Antiferauschus.

Im Preußischen Landtag-Untersuchungsausschuß für die Barmat-Antiferauschus-Angelegenheit verlas Staatssekretär Grize ein Schreiben des Justizrats Löwenstein über die Haltung des Justizministeriums in der Angelegenheit Werthauer und die Antwort darauf, in der ausgeführt wird, daß das Justizministerium seine Meinung verteidigt, daß der politische Ausschuß der Meinung Ausdruck, daß die Mandatsträger ihre Aufgaben in den Mandatsgebieten im Sinne des Artikels 22 des Böllerbundspaktes erfüllen. Bei der Aussprache über den Bericht machte Smith-England die Mitteilung, daß die Südafrikanische Union vor kurzem ein Gesetz erlassen habe, auf Grund dessen die Bevölkerung der ehemaligen deutschen Kolonien in Südafrika eine gewisse Autonomie erhalten und in Verwaltungsklagen direkt beteiligt werden soll.

Abg. Hellmann (Soz.) erklärt, was Galvau und Außermann über seine persönliche Beteiligung an den beprochenen Angelegenheiten ausgesagt hätten, sei lediglich unbegründetes Geschwätz. Was die Neuerung Außmanns angehe, er führe die Pressehege gegen die Staatsanwaltschaft im wesentlichen auf ihn zurück, so erkläre er, er habe nie ein Wort gesprochen oder veranlaßt, was sich mit Galvau oder Außmann befaßt habe. Professor Außmann erwidert, seine Neuerungen seien auf genaue Kenntnis der Zusammensetzung Hellmanns und Barmats begründet.

Ministerialrat Außmann bestätigt, daß Hellmann seit Anfang des Jahres nicht bei ihm gewesen sei. Nach seinem Hinweis und Gewissen sei ihm nicht erinnerlich, daß dieser verucht habe, auf ihn einen Einfluß auszuüben in der Bearbeitung der Angelegenheit weder gegen Galvau noch gegen Außmann.

Zeuge Regierungsrat Weiß macht Angaben über die Behandlung dienstlicher Angelegenheiten in der Presse. Überall zeige sich ein Beamtenüberwachungsinst. Höhe Beamte des Justizministeriums magen kaum noch Dienstgefreie zu führen, weil sie sich überall von Spionen umgeben fühlen. Die Presseveröffentlichungen gegen das Justizministerium seien bereit vor der Veröffentlichung das Tagesgespräch bei der Staatsanwaltschaft 1 genommen. In einer Sitzung des Beamtenausschusses des Polizeipräsidiums sei mit Erklärung besonders von den denkmalgeschützten Mitgliedern gegen dieses Polizeipräsidium Stellung genommen worden. Zeuge Weiß erklärte weiter auf Befragung, daß Außmann auf ihn den Eindruck des bösen Gewissens gemacht habe. Außmann betont dagegenüber, daß er Weiß Theater vorgespielt habe und sich freue, daß ihm dies gelungen sei. Diese mit erhobener Stimme vorgetragene Neuerung rief im Ausschuß Heiterkeit und Unruhe hervor. Von links erhoben dauernde Zwischenrufe. Es entsteht ein bewegtes Durcheinander. Als die Ruhe wieder hergestellt war, erklärte Außmann weiter, er habe gehört, daß Kriminaloberinspektor Krüger Auftrag gehabt habe, sämtliche Beamte der Kriminalpolizei auf ihre politische Einstellung hin zu überprüfen. Es sei auch eine Liste bei Krüger gefunden worden. Nach dieser Behauptung griff Vizepolizeipräsidium Friedensburg in die Verhandlungen ein. Er erklärte, diese Anklagen seien so ungemeinlich, daß er um genaue Angaben bitten müchte. Außmann erklärte darauf, es sei ihm so etwas zu Ehren gekommen, wer es gesagt habe, will er nicht. Von einem amtlichen Auftrag sei nichts gesagt worden. Präsident Friedensburg sieht darauf fest, daß Außmann kein Material angeben könne. Der Abg. Henkel (Deutsch.) erhielt dann das Wort zu einer Erklärung, daß er weder direkt noch indirekt jemals einen Staats- oder anderen Beamten befürwortet habe, noch habe beispielhaft lassen. Regierungsrat Weiß erwidert, daß er mit Rücksicht auf diese Erklärung nicht antrete, sondern die Vorwürfe gegen den Abg. Henkel anzuschreiten. Als der Zeuge Außmann dann aufgefordert wird, die von ihm angekündigte Meldung

über weitere Beziehungen des Abg. Heilmann und anderer zu Barmat zu machen, erwähnt er, daß er das nicht tun könne, weil er damit in das materielle Verfahren eingreifen würde. Auf die ausdrückliche Frage des Abg. Dr. Kaushold (Deutsch.), ob denn gegen Heilmann ein Verfahren eingeleitet worden sei, erwähnt der Zeuge nach einem Abgern: Bis jetzt noch nicht. Die Fragestellung an die Zeugen wird dann geschlossen. Anträge werden nicht gestellt. Dem Vorsitzenden wird es überlassen, die nächste Sitzung einzuberufen, in der Holzmann vernommen werden soll.

Deutschnationale Schulungswoche.

vda. Im preußischen Abgeordnetenhaus nahm am Montag die deutsch-nationale Schulungswoche unter starker Beteiligung ihren Anfang. Die Befehlsetzung hat Dr. Weiß, der Hauptgeschäftsführer der Deutsch-nationalen Volkspartei. Nach einer Begrüßungsansprache des Parteivorsitzenden Dr. Windler sprach zunächst Reichstagsabgeordneter Dr. Quast über "Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands seit der Revolution". Der Redner führte aus, daß wir seit der Revolution und dem Verfallserfolg nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ in unserer wirtschaftlichen und technischen Weltbewerbsfähigkeit erheblich zurückgegangen seien. Wir müssten wieder Qualitätssware herstellen und daher müsse der Grundstein des Leistungsblohnes und nicht des Tariflohnes gelten. Auch müssten wir uns wieder mehr auf die tragende Bedeutung der deutschen Landwirtschaft konzentrieren. Ein Gebot der Selbstbehauptung sei die Einhaltung unserer Wirtschaftspolitik auf den inneren Markt. In der Nachrevolutionsszeit sei die Politik nur eine Fortführung des Geschäfts mit anderen Wirtschaften gewesen, Strauß, Parvus, Helsand, Stolz. Barmat seien nacheinander die finanziellen Barometer der Regierung gewesen. Vor einem Wiederaufbau des Staates sei nicht die Rede gewesen, sondern nur von der Ausplündерung. Der Redner verweile längere Zeit bei den traurigen Ercheinungen der Inflationsepoche. Der Staatsarbeitsrat sei nach der Revolution als eine große Verfolgungsanstalt angeklagt worden, insbesondere auch bei der Reichsbahn und der Reichspost. In die Bevölkerung wäre lediglich das Denken an Geld und Gehalt hineingetragen worden. So ist das entstanden, was Spengler den "Sumpf" genannt habe. Die Sozialdemokratie sei heute keine Vertretung der Arbeiterschaft mehr, sondern die des internationalen Finanzkapitals, deshalb haben sie sich auch so sehr für den Dawesplan eingesetzt. Unmöglich sei es, bei der heutigen Höhe der Einführung zu bleiben, während die Ausfuhr dahinter zurückbleibt; unsere Handelsbilanz könnten wir nur durch Erhebung von Zöllen verbessern. Deutschland müsse vor einem Verbrauch geschränkt werden, den wir uns nicht leisten könnten. In den Vortrag schloß sich eine angeregte Aussprache an.

Als zweiter Redner sprach der Reichstagsabgeordnete Belegauer-Zinn über das Thema "Reform des deutschen Zolltariffs". Er forderte die baldige Ausarbeitung eines umfassenden neuen Zolltariffs. Das jetzige Provisorium habe schließlich erledigt werden müssen, weil infolge des fehlenden autonomen deutscher Zolläste nur wenige Handelsverträge abgeschlossen werden könnten. Die Deutsch-nationale Partei treibe keine Hochzollpolitik; die Landwirtschaft aber muß geschützt werden. Den Vorschlag einer Preisversteuerung durch die Zölle wies der Redner zurück. Auch finanzpolitische Erwägungen seien bei Einführung der Zölle nicht maßgebend gewesen. Die Getreidepreise seien in der letzten Woche ganz erheblich gefallen, während der Großhandelsindex für die Industrie erheblich gestiegen sei. Das Zolltarifprovisorium sei gegenüber den bisherigen verworrenen Zuständen immerhin eine Tat.

Abends fand ein Begrüßungsbau statt.

Der Festommers des Stahlhelms von Löwen.

vda. In einer kleinen Ansprache losgelöste demokratischer preußischer Landtagsabgeordneter war zur Sprache gebracht worden, daß auf der von der Ortsgruppe Löwen (Schlesien) des Stahlhelms am 1. Mai veranstalteten Hindenburgfeier der Lehrer Köbler aus Brieg in seiner Festrede u. a. aus-

geführt hatte: "Was die traurigen Helden dieser Zeit taten, war nichts weiter als Verkürzung, Vernichtung der Staatswerte und weiteste Verlumpung und Entstiftung, die gleich einer ansteckenden Seuche um sich griff. Weite Teile des Volkes wurden erkrankt bis weit in hohe Kreise der Verwaltung. Wer heute in die einzelnen Teile der Staatsverwaltung kritisch hineinschaut, ist entgegert über die Hülle der Unkenntnis, die sich unter dem Namen Staatsbeamter breit macht. Da, wenn doch diese Leute wenigstens unbekannt und ehrlös gewesen wären." Der Veltor der Lehrer Köbler der Dank der Ortsgruppe für diese Ausführungen aus. Das preußische Staatsministerium wurde nun gefragt, ob gegen Köbler ein Verfahren wegen Verleumdung des Reichs zum Schutz der Republik im Gange sei, ob das Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet und das Staatsministerium bereit sei, seine sofortige Suspension vom Dienste zu verfügen, und schließlich, ob das Staatsministerium gewillt sei, das Disziplinarverfahren gegen Amtsgerichtsrat Buchholz mit dem Ziele auf Dienstentlassung bei sofortiger vorläufiger Amtsenthebung einzuleiten. Der vreisiche Justizminister und der Kultusminister haben darauf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaatsanwalt in Brieg hat die von dem Lehrer Köbler gehaltene Rede dem Oberrechtsanwalt vorgelegt zum Bekunden über ein Einbrechen wegen Verleumdung gegen das Reich zum Schutz der Republik. Mit Rücksicht auf die inzwischen eingegangene Mindestzeit kommt jedoch eine Strafverfolgung nicht mehr in Frage. Der Regierungspräsident in Breslau ist auf folgende gemeinsame Antwort ertheilt: "Der Oberstaats

Am 1. Verhandlungstage des mit der Untersuchung über die Ursache der Katastrophe der Shenandoah betrauten Neunausschusses wurden durch die Aussagen von 21 Personen, die an Bord der Shenandoah waren, der Eindruck verstärkt, daß das Unschiff den Elementen zum Opfer fiel, und daß nicht Fahrlässigkeit oder Konstruktionsmängel oder Unvollkommenheiten in der Ausstattung die Schuld tragen. Der Befehl, den das Marineamt an den Kommandeur des U-Bootes gegeben hatte, wurde verlesen, in ihm wurde der Kommandeur des U-Bootes ermächtigt, den Reisewagen erforderlichen Fällen abzuhängen. Zum 1. März wurde auch durch die Vermehrungen bekannt, daß kurz vor der Katastrophe 2 Motoren der Shenandoah Defekte hatten.

Die Lage in Syrien.

Paris. Eine Note des Ministerpräsidenten bestätigt, daß bei dem Angriff auf Melfort am 17. September die Drußen, die in Massen eine Reihe zuerst bestreiter Angriffe unternommen, den Verlust machten, die Spuren der sich formierenden französischen Kolonnen zu überrennen, aber trotz numerischer Überlegenheit von einer Eskadron der Fremdenlegion und einem Schützenbataillon mit den höchsten Verlusten zurückgeschlagen wurden. Nach den ersten Schätzungen sind ungefähr 500 Drußen gefallen.

Syriens Rückkehr nach Paris.

Wie Petit Parisien mitteilt, ist Syrien, der einige Tage aus Land gegangen war, gestern nachmittag wieder nach Paris zurückgekehrt, um dem beurlaubten Ministerrat über die Sicherheitsfrage Bericht zu erstatten.

Staatsbürgerschaft in der Republik Österreich.

Vom Österreichischen Konsulat in Dresden wird uns geschrieben: Durch das am 16. d. M. in Wirklichkeit getretene österreichische Bundesgesetz vom 30. Juli 1920, BGBl. Nr. 288, wurde das Heimatrecht jener Personen geregelt, welche durch Option auf Grund des Friedensvertrages von St. Germain, auf Grund des Brünner Staatsvertrages, oder auf Grund einer noch gültigen Erklärung nach § 2 des Gesetzes vom 5. Dezember 1918, BGBl. Nr. 91, die Staatsbürgerschaft in der Republik Österreich besaßen, ohne bisher in einer Gemeinde Österreich zuständig geworden zu sein. Der § 2 des neuen Gesetzes bestimmt nun, daß diese Personen, falls sie ehemals in einer Gemeinde des heutigen österreichischen Bundesgebietes das Heimatrecht besaßen, neuwirksam nach Gesetzes mit 15. August 1920 das Heimatrecht in jener österreichischen Gemeinde, in der sie zuletzt heimatberechtigt waren, zu erlangen. Trifft leichtere Voraussetzung nicht zu, erwerben sie mit 15. August 1920 nach Gesetzes das Heimatrecht in der Gemeinde, in der sie am 16. Juli 1920 ihren ordentlichen Wohnsitz hatten. Diese Erwerbungsbasis des Heimatrechtes dürfte die Mehrzahl der Fälle bilden.

Bezüglich der Staatsbürgerschaftserklärungen jener Personen, die zur Zeit der Abgabe der Erklärung in einem zur ehemaligen Österreichisch-Ungarischen Monarchie gehörigen Gebiete heimatberechtigt waren, muß bemerkt werden, daß diese Erklärungen nach den Bestimmungen des Friedensvertrages mit 16. Juli 1920 ihre Wirklichkeit verloren haben. Es gelten demnach nur die Erklärungen von Ausländern (Reichsdeutschen, Türken, Rumänen usw.) Heimatlosen Bundesbürgern, die weder auf Grund des früheren Heimatrechtes, noch auf Grund des Wohnsitzes am 16. Juli 1920 ein Heimatrecht erlangen, steht es frei, innerhalb dreier Monate vom Inkrafttreten des Gesetzes (15. August 1920), bei der Landesregierung eines Bundeslandes zu erklären, daß sie in diesem Bundeslande heimatberechtigt sein wollen. Diese kann innerhalb sechs Monaten eine Gemeinde ihres Bundeslandes bestimmen, in welcher dem Erklärenden das Heimatrecht zuerkannt ist. Erfolgt innerhalb sechs Monaten vom Inkrafttreten des Gesetzes keine willkommene Erledigung, so gilt diese Erklärung als abgewiesen. Heimatlose Bundesbürgern, bei welchen keine der angeführten Voraussetzungen zu treffen, kann nach § 4 die ausdrückliche Aufnahme in den Heimatverband von der Aufenthaltsgemeinde nicht verlangt werden, in der sie sich

nach erlangter Eigenderechtigung durch vier der Bewerbung um das Heimatrecht unmittelbar vorangestehender Jahre freiwillig und ununterbrochen ausgehalten haben, ohne während dieses Zeitraumes der öffentliche Armenversorgung anheimgefallen zu sein.

Der § 6 sorgt für die Regelung des Heimatrechtes solcher heimatloser Bundesbürger, auf welche § 5 keine der aufgezählten Bestimmungen anwendbar sind, und zwar werden diese Personen in nachstehender Reihenfolge angewiesen: 1. der Gemeinde, in der sie sich während der letzten zehn Jahre am längsten, wenigstens ein halbes Jahr ununterbrochen und bei gleichem Aufenthalte in zwei oder mehreren Gemeinden zuletzt nicht unfreiwillig ausgehalten haben; 2. der Gemeinde, in der sie geboren oder bei Kindern, in der sie zur Zeit des zur Grage gekommenen Heimat-

rechts angekommen wurden. Trifft keine dieser Voraussetzungen zu, so hat die Landesregierung eines Bundeslandes die Zuweisung zu einer Gemeinde ihres Bereiches zu verfolgen. Die Zuweisung begründet das Heimatrecht in der Zuweisungsgemeinde.

Zugung des Süßischen Gemeindebeamtenbundes.

Freiberg, 21. September. Der ländliche Gemeindebeamtenbund hielt vom 18. bis 20. September in Freiberg seine diesjährige Tagung ab, die aus allen Teilen Sachsen sehr zahlreich besucht war. Der Jahreshauptversammlung, die am Sonntag stattfand, gingen voran am 18. und 19. September die Sitzungen der einzelnen Fachgruppen. Am Sonnabend abend hatte die Freiberger Ortsgruppe des Gemeindebeamtenbundes zu einem geselligen Abend geladen, der einen wohlgegangenen Verlauf nahm. Mit der Tagung war auch eine Hochzeitfeier verbunden, die sich eines zahlreichen Besuchs erfreute.

Die Jahreshauptversammlung wurde am Sonnabend vormittag durch den Bundesvorstandsvorsteher eröffnet, der in seiner Begrüßungsansprache besonders die Vertreter der ländlichen Regierung, des ländlichen Gemeinderates, der Stadt Freiberg und der Stadtverordneten sowie die politischen Parteien und Beamtenverbände willkommen hieß. Bundesdirektor Schubert erwartete sodann den Reichsdirektor. Und dem Bericht geht hervor, daß im letzten Jahr zwar eine große Arbeit geleistet worden ist, die Erfolge aber dieser Arbeit nicht entsprochen haben. Schwer wurde über die Notlage der Beamtenchaft geklagt. Schärfe Angriffe erhob Bundesdirektor Schubert gegen die Reichsregierung und die politischen Parteien, weil sie die von der Wahl gemachten Versprechungen wegen der Beamtengehälter nicht eingehalten hätten. Weiter wurde die von der Reichsregierung befolgte Steuer- und Polizeipolitik abfällig kritisiert. Von der angekündigten Preisbindung erhoffte man nichts. Es wurde bedauert, daß die ländliche Regierung die erbetene Kreditaktion abgelehnt habe, obwohl sie die Notlage der Beamtenchaft anerkannt hatte. Würde nicht bald geholfen, so schreite die Verschuldung der Beamtenchaft fort und treibe sie in die Hände von Bucherern. Der Redner wandte sich weiter gegen die Gezeuge, die gegen die Beamtenchaft getrieben werde.

In den sich anschließenden Ausführungen wurden von allen Rednern die Ausführungen des Bundesdirektors Schubert unterstützt. Aus allen Reden klang die grobe Unzufriedenheit und Verbitterung heraus, die in der Beamtenchaft herrscht. Auch die Vertreter des deutschen Beamtenbundes und des Reichsbundes der kommunalen Beamten beschwerten sich über das mangelnde Entgegenkommen des Reichstages und der Reichsregierung. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der sie sich besonders gegen die Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik der Reichsregierung wendet. Ungeachtet ausreichender Überflösse im Reichsstaat habe man auch eine Wirtschaftshilfe angelebt. Selbst von der Erhöhung zur Erhöhung des Wohnungsbauaufwandes habe der Reichsfinanzminister trotz wiederholter Wiederaufstellungen noch keinen Gebrauch gemacht. Die Steuer- und Polizeipolitik der letzten Zeit habe eine weitere Belastung der Verbraucherhaft zur unausbleiblichen Folge, die auch durch die Preisbindungskktion nicht aufgeglichen werde. Von der Reichsregierung wurde die schleunige Einbringung eines Abänderungsgelebtes zum Personalabbaugesetz nach dem Vorgehen des Reiches gefordert. Verurteilt wurde die Verlängerung des Bevölkerungsperrungsgesetzes. Die Versammlung erwartet, daß eine weitere Verlängerung unterbleibt.

Hierzu sprach Stadtrichter Dr. Hegemann-Chemnitz über praktische Wohnungspolitik. Um Aufschluß an den Vortrag nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der der Behebung der Wohnungsknot verlangt wird, daß die Mietzinssteuer unter Abschaltung der staatlichen Zwischeninstanzen den Gemeinden zur Förderung zur Verfügung gestellt wird. — Die Versammlung beflich weiter, ein Preisabschluß über die polizeiwirtschaftliche Bedeutung des Gemeindebeamtenbundes zu veranstalten. Zur den beiden Werken wurden Preise von 800 RM, 500 RM und 300 RM bewilligt. — Die weiteren Beratungsgespräche befrachten interne Bundesangelegenheiten. Als Tagungsort fürs nächste Jahr wurde Leipzig gewählt.

Die letzten Modeschöpfungen



Kostüme - Mäntel
Röcke - Kleider
Kasak - Blusen
Kleiderstoffe
in Seide und Wolle

Wäsche u. Wäschestoffe
Finden Sie bei uns
zu wirklich niedrigen Preisen

Moden- und Ausstattungshäuser



Lohmann Nachf. Albertplatz Riedel Ecke Wattiner- u. Carolastr.

die Stimmen lauter würden, heftiger. Doch fand ich das auch geträumt haben.

Und dann glaubte ich einen halbunterdrückten Schrei zu vernnehmen. Ich sprang auf und stürzte ins Nebenkoupe. Das Rotignal läutete kurz, und der Zug stand fast sofort auf freiem Felde. Die junge Dame lag in einer tiefen Ohnmacht, die ältere war in furchtbarer Angst um sie beschäftigt.

Natürlich bot ich ihr sofort meine Hilfe an und fragte, was eigentlich geschehen sei.

Aber da kamen auch schon die Zugführer, allerlei andere Deute drängten sich in das Coupé.

Die schwarzgekleidete Dame erhob sich und bat um Entschuldigung wegen der Störung, aber ihre Tochter sei von einer tiefen Ohnmacht befallen worden, und sie selbst hätte sich nicht anders zu helfen gewußt, als durch das Rotignal Hilfe herbeizurufen.

Aber es war doch noch jemand hier! fiel ich ihr ins Wort. „Ich vernahm erregte Stimmen —“

„Außer meiner Tochter und mir war niemand im Coupé,“ unterbrach mich die Dame sehr entschieden.

Während sich alle Anwesenden um das Mädchen bemühten, öffnete ich ganz leise die Tür zu dem dritten anstoßenden Coupé. Und hier sah ich ein paar Zeitungsblätter und eine Zigarette liegen, gerade so, als hätte jemand sie rasch weggeworfen.

Eben wollte ich mich noch besser umsehen, als ich das Rauschen eines Kleides vernahm. Als ich mich umwandte, stand die Dame hinter mir. Mit einem raschen Griff packte sie die Zeitungen und die Zigarette und warf sie zum Fenster hinaus, wo sie alsbald vom Wind erfaßt und weiter weggetrieben wurden.

Ich wollte aussöhnen, meine Verwunderung ausdrücken, aber die Frau sah mich so scheinend an, daß ich schwieg. Dann sagte sie:

„Wir hatten früher dieses Coupé, die Zeitungen und die Zigarette gehörten mir!“

Ich glaubte ihr dies gleich nicht, denn die Blätter waren vom Börsen-Kurier gewesen, und die Zigarette war eine der schwersten Sorte.

Gewöhnlich lesen schöne Frauen andere Sachen und rauchen doch auch nicht ein solches Kraut. Aber ich begriff, daß der Dame unenormlich viel daran gelegen war, daß über die Sache gar nicht gesprochen wurde.

Leiderde segte der Zug sich jetzt wieder in Bewegung, und das junge Mädchen gab die ersten Lebenszeichen von sich.

Ich bemühte mich um sie; die anderen Deute hatten wieder ihre Coupés aufgelöst, und dann mußte ich nur noch rasch mein Gedächtnis zusammensuchen, denn Heldenberg kam bereits in Sicht.

Und doch — jetzt, wo ich zum erstenmal wirklich ruhig über die ganze Sache nachdachte, jetzt erscheint es mir fast so, als hätte ich ein Unrecht begangen!“

„Ein Unrecht?“ wiederholte Erich Günther fragend.

Doktor Gerlach nickte.

„Ja; ein Unrecht an dem jungen Mädchen. Ich hätte sie am Ende doch nicht ungehindert mit dieser Frau allein weiterfahren lassen sollen!“

Wer weiß, ob da nicht irgend ein Komplott gegen sie bestand! Ich glaube jetzt noch bestimmt, daß noch jemand im Coupé war.

Aber wo könnte er hingekommen sein? Das dritte Coupé schloß die Reihe ab und hatte keine weitere Verbindung mehr.“

„Könnte der Mann — du nimmst ja einen Mann an — nicht abgesprungt sein, während der Zug infolge des Rotsignals schon langsamer fuhr?“

Der Bahndamm ist die ganze Strecke her mit Gasbüschen besetzt. Könnte der Mann nicht dies alte Versteck benutzt haben? Vielleicht hat in der allgemeinen Unruhe um das Mädchen überhaupt niemand darauf geachtet, ob sich nicht jemand über die Helder entfernt!

Der Mann dort, welcher mit einer verwundeten Hand zu uns trat, kam aus der Richtung, wo der Bahndamm läuft. Und er kannte die verkleidete Dame bestimmt. Hätte er sonst ihren Namen vor sich hingesprochen?“

Doktor Gerlach wiegte nachdenklich den Kopf.

„Junge,“ sagte er, „da häuft sich nun plötzlich fast zuviel. Ich mit Zeit, alles zu sichten und zu erlassen! Und du sagst, jener Mann am Perron hätte den Namen „Lucie“ gerufen?“

„Gewiß, Onkel Hermann, ich habe es deutlich gehört!“

„Und jetzt friert dieselbe Mann vor der Bude, in deren Nähe vor Jahr und Tag der gleiche Name eingeschritten wurde. Das ist seltsam — mehr als seltsam! Kann all dies bloß ein Zufall sein? Darf man das annehmen?“

Erich Günther antwortete nicht mehr. Seine Aufmerksamkeit wurde in diesem Augenblick gesellt.

Und auch Doktor Gerlach blieb stehen, denn auch er erblickte nun ein Bild, welches alle seine Gedanken in eine andere Bahn lenkte.

Unweit von Ihnen erhob sich das weit ausgedehnte Gemäuer des alten Klosters zu St. Marien aus den Baumassen.

Dieser rückwärtige Teil des ruinösen Gebäudes war ganz von Wald umwohnt.

Der besser erhaltenen Teil, wo die Nonnen wohnten, lag nach der anderen Seite, von diesem hier durch Höfe und Gänge getrennt.

Einer der einst bewohnten Gemächer schien aber auch hier noch ähnlich erhalten, was die Fensterscheiben und halbverwitterter Haustat, der dort und da umherstand, zeigten.

Die Fenster eines solchen mittelgroßen Raumes im Erdgeschoß waren weit geöffnet. Doktor Gerlach und Erich Günther konnten von ihrem etwas erhöhten Standpunkt aus gerade in das Zimmer sehen.

Ganz leise schlichen sie näher. Durch das Gedüst schimmerte ein dunkler Fleck.

Vorsichtig bog Gerlach die Zweige auseinander.

Vor der Bank, auf dem nassen Boden, lag die magere Gestalt des fremden Mannes auf den Ralen.

Er hatte den Hut neben sich achtlos hingeworfen und den Kopf in die Arme vergraben, die weit ausgestreckt auf der Bank ruhten.

Die Sonne malte goldene Ringe in sein dichtes Haar und ließ die weißen Fäden dachmäuer ausflimmern; ein Vogel hatte sich neugierig auf einen der untersten Reihen der alten Buche gesetzt und zwitscherte dann und wann heimlich vor sich hin, der Wind rauschte über ihm in den Baumkronen, und aus geringer Entfernung vernahm man das ungebärdige Toben des Flüchthens, das über das Wehr herabsprang.

Aber der kniende Mann schien von alledem nichts zu vernommen. Er lag fast regungslos, und nur das trommelnde Zucken, welches dann und wann seine Glieder schüttelte, verrät, daß er lebte.

Über die Bank verspreut lagen ein paar Büschel der blauvioletteten Herbsteigarten, die mit dunkelgrünen Gewürzen untermischt waren.

Erich Günther öffnete schon den Mund, um den Fremden anzurufen, als sich eine Hand fest auf seine Lippen legte.

Doktor Gerlach glitt geräuschlos voraus, dem schmalen Pfad folgend.

Als sie eine Strecke weit entfernt waren, blieb er stehen und sah Erich lächeln an.

„Lassen wir ihn!“ sagte er. „Der Mensch will jetzt in diesem Augenblick mit sich allein sein. Das ist einer, der trägt schwer an einem Unglück, wahrscheinlich an einer Erinnerung.“

Wenn einer derartiges mit sich selbst auszumachen hat, dann muß man ihn nicht stören!

Aber der ganze Mann, sein Benehmen, ist so verdächtig, warf Erich ein.

„Ja, auch mir. Aber das ist etwas, das uns jetzt kaum viel angeht. Nur eins würde mich sehr interessieren, ob dieser Mann am Ende in Verbindung steht mit dem ganz merkwürdigen Vorfall, den ich heute auf der Fahrt miterlebte!“

Infolge dieses Vorfalls wurde wahrscheinlich die — die junge Dame, Angela Barnini, glaub' ich, heißt sie, ohnmächtig!“

Hermann Gerlach zuckte die Achseln.

Vielleicht. Es war knapp hinter der vorletzten Station vor Heldenbeim. Ich war in meinem Coupé ganz allein und war ein wenig eingerückt, denn ich schlief in der letzten Nacht sehr schlecht.

Vom Nebencoupe drangen manchmal Stimmen an mein Ohr, doch verstand ich keine Worte. Es müssen wohl die Stimmen der beiden Frauen gewesen sein.

Vielleicht schläft es mir in meinem Halbdunkel, als ob

Zur Vorgeschichte Nord Sachsen.

Das mittlere Nord Sachsen zeichnet sich aus durch zahlreiche und schöne Funde aus vorgeschichtlicher Zeit. Seit langem ist in diesem Gebiete nichts geforscht worden. Die verdienstvollen Männer der Wissenschaft des Spaten sind der bekannte Rentamtmann Karl Preußer in Großenhain, der bereits vor 1890 die grundlegenden Untersuchungen anstellte, Dr. Geinitz und Dr. Weismüller von der Staatsammlung in Dresden, Oberlehrer Pischel in Rüninger, der mit großer Sorgfalt und wissenschaftlicher Geduld die Großenhainer und Niesauer Landschaft durchforschte und wertvolle Funde auftrug, weiterhin der im Weltkriege gefallene Dr. Hennig, der namentlich in der Dommergau-Pflege — seiner Heimat — tätig war. In neuerer Zeit ist Lehrer Mirkhin (Niesa) im dortigen Gebiet fleißig an der Arbeit.

Das Interesse an der prähistorischen Kultur hat ständig zugenommen, was auch durch die Errichtung heimatgeschichtlicher Museen bewiesen wird. Erinnert sei an die schönen Sammlungen in Niesa und Mügeln; die letztere mit Eisern und Verständnis zusammengetragen von dem verstorbenen Gattlermeister Hummrich in Mügeln.

Die vorgeschichtlichen Verhältnisse Nord Sachsen behandelte eine Arbeit Dr. Bierbaum, des Vorstandes des Museums für Vorgeschichte im Dresdner Zwinger. Sie enthält im „Nordfächischen Banderbuch“ (mittleres Nord Sachsen), das vor kurzem im Verlag von Kommerzienrat und Schobloch (Dresden-Bachwitz) erschienen ist. Auf diese Schrift seien weitere Kreise aufmerksam gemacht, da sie einen trefflichen Einblick in die Prähistorie Nord Sachsen gewährt. Im ersten Teil wird eine vorgeschichtliche Wandergang beschrieben, die in Ostsachsen ihren Ausgang nimmt und über Naumburg, Erfurt, Hohenwussen, Schreib nach Mügeln führt. Die örtlichen Sammlungen, auch die in Privathänden, werden mitgeteilt. Gerade deren Besuch bietet dem Geschichtsfreund wesentliche Unterstützung bei seinen Wanderungen. Im zweiten Teile — 16 Seiten umfassend — bringt Dr. Bierbaum einen Überblick über die vorgeschichtlichen Zeiten und Funde. 2 Tafeln mit 58 Abbildungen typischer Gefäße und Metallgegenstände illustrieren den Text. Ebenso ist ein ausführliches Orts- und Sachregister von 10 Seiten Umfang willkommen.

Das mittlere Nord Sachsen war vor der jüngeren Steinzeit, also bis zur Slawenzeit besiedelt, nur die in diesen Zeitraum fallende Volkerwanderungszeit ist nicht vertreten. Besonders reich bewohnt war das betreffende Gebiet zur Stein- und Bronzezeit, was die zahlreichen Funde aus Herdstellen und Gräberfeldern beweisen. Der Mensch der Vorzeit bevorzugte eben den wertvollen Lökken als Siedlungsgelände. Um 750 vor Chr., mit dem Beginn der älteren Eisenzeit, fand eine merkliche Abnahme der Bevölkerung ein, was nach neueren Forschungen mit einer Klimaverhöhlung in Zusammenhang gebracht wird. Die Latène-Kultur, sowie die der römischen Kaiserzeit (bis 400 n. Chr.) zeichnen sich durch besonders schöne Formen und Verzierungen der Gefäße aus. Die Töpfer-Drehscheibe war bereits bekannt. Das große frühkaiserzeitliche Brandgräberfeld von Prossig bei Bischofswerda ist besonders erwähnenswert, da es 100 Gräber umfasst. Es ist übrigens das einzige aus dieser Zeit in Nord Sachsen. Um 800 stachen aus dem Osten die Slaven vor, die entsprechend der Entvölkerung des Landes leicht die Ansiedlung bewerkstelligen konnten. Ihre Spuren sind namentlich hinterlassen auf den Burgenwällen, von denen unter Wunderberg eine ganze Zahl noch aufweist. Die Slaven können, wie Dr. Bierbaum am Schlusse seiner Arbeit bemerkt, nach den Siedlungsfunden nicht die Träger einer höheren Kultur gewesen sein.

Georg Deutscher, Dresden.

Närrung der Kölner Zone bis Mitte November.

Berlin. (Funkspruch.) Die von einem Berliner Blatt vor einiger Zeit gebrachte Meldung, daß bei den Zusammenkünften der Außenminister Frankreichs, Hollands und Belgiens in Genf Vereinbarungen über die Närrung der Kölner Zone getroffen worden seien, erfuhr nunmehr in einer Nachricht das Tageblatt aus Köln eine Bekräftigung. Das Blatt will an höchster Stelle der Rheinlandkommission in Koblenz erfahren haben, daß die Närrung der Kölner Zone bis spätestens Mitte November durchgeführt sein soll.

Letzte Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 22. September 1925.

Der Reichspräsident von Hindenburg in Karlsruhe.

Berlin. (Funkspruch.) Wie der Verein für Hindernisrennen mitteilt, hat der Reichspräsident sein Ersteinsatz bei dem morgigen Karlsruher Rennen angekündigt. Er wird der Enthüllung des Denkmals für die gefallenen Reitersoldaten bewohnen.

Einstellung des französischen Funkdienstes in Mulden.

Berlin. (Funkspruch.) Wie Reuter meldet, erklärte ein Vertreter des japanischen Ministeriums des Innern, daß die kürzlich eröffnete französische Funkstation in Mulden auf den amtlichen japanischen Einspruch hin ihren Dienst eingestellt hat, obwohl Tschangtchou die Fortführung des Dienstes zugesichert hatte.

Keine Teilnahme Hollands und der Schweiz an der Pariser Konferenz.

Berlin. (Funkspruch.) Die Meldungen von einer Ablehnung holländischer und Schweizer Vertreter zu der Pariser Konferenz über den Sicherheitspakt dürften sich, wie die Blätter hören, nicht bestätigen.

Zum Fall Coke.

Berlin. (Funkspruch.) Englische und französische Zeitungen fordern die Freilassung des französischen Fliegenden, der am vorigen Sonntag im Höllental-Schwarzwald notlanden mußte, im Hinblick auf die Freilassung eines deutschen Fliegenden in Belgien. Der letztere war, wie den Blättern mitgeteilt wird, bei Überqueren der Grenze schon in Luftnot, während die französischen Flieger von dort herbei eilten, über Deutschland hinweg ein ferneres Ziel zu erreichen. Es waren Fließflieger, die als solche hätten angemeldet sein müssen. Sie trugen aber militärische Dokumente. Der Fall Coke ist vor Gericht anhängig.

Vorstandssitzung der Deutschen Volkspartei.

Berlin. (Funkspruch.) Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat unter dem Vorsitz des Abg. Windeler heute vormittag zusammen, um die Verhandlungen der Partei über den Sicherheitspakt vorzubereiten. Er erledigte jedoch nur die formalen Angelegenheiten. An diese Sitzung schloß sich eine gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes und der Vorsitzenden der Landesorganisationen. Es wird erwartet, daß heute oder morgen eine Sitzung dieser Parteiorganisationen über den Sicherheitspakt zu stande kommt.

Das gefährliche Pusigewehr.

* Bingen. Der französische Delegierte der Rheinlandkommission in Hessen hat für seinen Bezirk über die Benutzung von Pusigewehren folgendes angeordnet:

1. Jeder Unternehmer, der innerhalb seines Betriebes Pusigewehre zum Preisziehen verwendet, muß dem Kreisdelegierten der Rheinlandkommission diese „Waffen“ vorlegen und um Erlaubnis zu ihrer Benutzung bitten. 2. Es dürfen nur Pusigewehre mit einer Tragweite von weniger als sechs Meter benutzt werden. 3. Auch bei Beobachtung dieser Vorschriften bleiben alle Schießübungen der Schützen gesellschaften streng verboten.

Eisenbahnhunglück in Bayern.

Regensburg. Nach Mitteilung der Reichsbahndirektion Regensburg ist ein Nebenbahnhang aus noch unauflösbaren Ursachen vor dem Bahnhof Grafenau entgleist. Die Lokomotive stürzte den 4 Meter hohen Bahndamm hinunter und riss den nachfolgenden Gepäckwagen mit sich. Der Postwagen ist ungewichen, zwei Personenwagen und drei Güterwagen sind entgleist. Lokomotivführer, Beifahrer und einige Reisende haben Verletzungen erlitten.

Zwei Todesfälle infolge leichtsinnigem Umgehens mit der Schuhwaffe.

Dortmund. Am Sonntag nachmittag legte im Orte Wedderwille bei Dortmund der 30jährige Diplomingenieur Erich Küke im Scherz auf seine 22jährige Braut mit einem Revolver an, als plötzlich der Schuß losging, der das Bläddchen in den Kopf traf und seiner sofortigen Tod herbeiführte. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich am Montag vorwittags an der Bahnstrecke Dortmund-Herford. Der 16jährige Alex Hellweg stürzte durch das Fenster eines Bahnwärtershauses dem Bahnwärter eine Grimasse. Als dieser im Scherz auf den jungen Mann mit einem Gewehr anlegte, löste sich plötzlich ein Schuß, der Herford in den Kopf traf, sodass er tödlich getroffen zusammenbrach.

Eine polnische Militärwache auf der Wehrplatte.

Görlitz. (Funkspruch.) Mr. Donell, der Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig, hat heute den Ratsmitgliedern des Völkerbundes die Mitteilung zugehen lassen, daß Polen bedroht, auf der Wehrplatte, die Kraft eines Beschlusses des Völkerbundsrats vom letzten Sonnabend für Zwecke eines polnischen Munitionslagers von Danzig an Polen übergeben werden muß, eine handliche militärische Waffe von mindestens 88 Mann einschätzende, die die für Polen eintretenden Munitionstransporte überwachen soll. Der Völkerbundskommissar erinnert die Ratsmitglieder in seiner Mitteilung an den Umstand, daß seinerzeit auf Veranlassung des Völkerbundes in die Danziger Verfassung eine Bestimmung aufgenommen werden mußte, monach in der freien Stadt Danzig ohne Genehmigung des Völkerbundes keine Artilleriebasis und auch keine militärische Basis eingerichtet werden darf. Mr. Donell sagt davor, daß Zweck darüber belieben könnten, ob die polnische Waffe nicht unter dem gleichen Gesichtspunkt betrachtet werden muss, besonders angehoben der Tatsache, daß Polen im Danziger Hafen bereits 15 Kriegsschiffe mit einer Beladung von rund 800 Mann unterhält.

Die Völkerbunderversammlung zur Lage in China.

Görlitz. (Funkspruch.) Die Völkerbundversammlung beschäftigte sich heute zunächst mit der Lage in China. Der chinesische Gesandte in London, Chao-Hsin-Öhu, legte in kurzen Ausführungen die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den chinesischen Behörden und der chinesischen Bevölkerung einerseits und den Ausländern andererseits dar. Hierauf nahm die Versammlung ohne weitere Diskussion eine Resolution an, in der dem Wunsche Ausdruck gegeben wurde, daß die demnächst in China zusammenentrenden Sollkonferenz die bestehenden Konflikte beseitigen möge.

Vom Marokko-Krieg.

Paris. (Funkspruch.) Havas meldet aus Teg über die Lage in Marokko: Angestiegs der fühlbaren Temperatur, die seit einigen Tagen herrscht, konnten größere Umgruppierungen vorgenommen werden. Französische Flieger haben verschiedentlich, z. B. bei Taza feindliche Truppenansammlungen erfolgreich beschossen. Gerüchte, daß ein feindlicher Versuch, die spanischen Linien zu durchbrechen, vorbereitet werde, bestätigen sich nicht. Havas berichtet aus Tangier, Abd el Krim soll die Abfahrt haben, vor Tarif den Karich und Alfar Giergier die Offensive wieder aufzunehmen.

Vom Marokko-Krieg.

Paris. (Funkspruch.) Havas berichtet aus Casablanca: Bei den Kämpfen um Andur ist einer der französischen Scheiter, der eine Reitersabti besiegt, auf der Verfolgung in die Hände der Aufständischen gefallen.

luxemburgischer Protest gegen das deutsch-belgische Handelsabkommen.

Luxemburg. (Funkspruch.) Die luxemburgische Regierung hat, wie Generaldirektor Decker mitteilt, in Brüssel dagegen protestiert, daß Belgien das Handelsabkommen mit Deutschland ratifizierte, ohne daß der luxemburgische Weinbau in die Aussicht gestellten Erleichterungen für den Absatz in Deutschland erlangt hätte. Die Regierung plant eine großzügige Hilfsaktion zugunsten der notleidenden Winzer.

Manchester über die Aufhebung der deutschen Textilimportebeschränkungen.

London. (Funkspruch.) Web Association meldet, die Nachricht von der Beseitigung aller Beschränkungen für die Textilimporte nach Deutschland ist für Lancashire eine angenehme Überraschung gewesen. Der Vorsitzende der europäischen Section der Handelskammer von Manchester erklärte: Die Nachricht ist fast zu gut, um wahr zu sein, denn das deutsche System der Einfuhrzölle hat zwar nicht den Handel Lancashires mit Deutschland völlig lahmvielegt, aber doch nahezu prohibito gewirkt. Die allgemeine Wirkung dieses Systems war, daß es den normalen Geschäftsverkehr zwischen den beiden Ländern eindämmte. Die Handelskammer von Manchester hat sich energisch dem Zollsystem widergesetzt und als der englisch-deutsche Handelsvertrag erwogen wurde, eine Abordnung an den damaligen Premierminister Macdonald gelandet und das Erfuchen gestellt, daß im Vertrag dieses Systems aufgehoben werden sollte. Die Anregung wurde angenommen, aber Deutschland erhielt 6 Monate Zeit vom 8. 9. ab, an dem der Vertrag ratifiziert wurde. Die Meldung schließt: Die Nachricht von dem Beschluss, den Embargo auf die Einfuhr aufzubeben, wird in Manchester als freundschaftliche Geste angesehen und in hohem Maße gewürdigt.

London. (Funkspruch.) Zur Aufhebung der Einschränkung der Einfuhr von Textilwaren nach Deutschland erklärte der „Times“ aufgabe der Leiter eines großen Fabrikationsbetriebes in Manchester: Die Maßnahme wird einen viel bedeutsameren und größeren Handelsverkehr zur Folge haben, als man von irgend einer möglichen Entwicklung des Handels mit Großbritannien erwarten könnte.

Die Tochter Lord Curzon's Kandidatin der Arbeiterpartei.

London. (Funkspruch.) Die Tochter des verstorbenen Lord Curzon, Lady Constance Rosley, wurde gestern abend einstimmig zur künftigen Kandidatin der Arbeiterpartei für den Wahlkreis Stoke nominiert. In einer Rede an die Arbeitervertreter lagte Lady Constance u. a. sie neinte das gesamte Programm der Sozialistischen Partei an. Die Bergbauindustrie sei jetzt reif für die Nationalisierung. Der Sozialismus eröffne den einzigen Ausweg aus den Schwierigkeiten.

Revolte in einem polnischen Gefängnis.

Warschau. (Funkspruch.) In dem Strafanstalt in der Nähe von Nieme kam es zu einer Revolte eines Teiles der Gefangenen. Als 12 der Gefangenen ins Badestimmer geführt wurden, waren sie sich plötzlich auf die beiden Aufzüge, entwaffneten sie und drangen sodann in die Büroräume ein, wo sie sich weiterer Waffen bemächtigten. Es kam darauf zum Kampf mit dem Aufsichtspersonal, der so lange dauerte, bis die herbeieilende Polizei die Gefangenen überwältigte. Während der Revolte wurden der Gefangendirektor, ein Aufseher, zwei Wachtmeister und elf Gefangene verletzt, sowie sieben Gefangene getötet.

Ein litauisches Flugzeug von Polen beschlagnahmt.

Warschau. (Funkspruch.) Gestern laudete ein litauisches Militärflugzeug auf polnischem Boden im Wilnaer Gebiet. Das Flugzeug wurde von den polnischen Behörden beschlagnahmt und Flugzeugführer und Beobachter genommen.

Sozialistische Demonstrationen in Tokio.

Tokio. (Funkspruch.) Aus Anlaß der Ankunft von vier Arbeiterdelegierten aus Sowjetrußland, die aus China eintrafen, kam es zu sozialistischen Demonstrationen. Vor dem Bahnhof standen Zusammenstöße zwischen Polizei und Arbeitern statt, die eine Stunde dauerten.

Amerikanische Lynchjustiz.

New York. (Funkspruch.) In New Albany (Mississippi) wurde ein Negro, der wegen eines Angriffs auf ein weisses Mädchen im Gefängnis saß, vom Volks verbrennen. Ein weiterer Negro, der im Greenbaile in Nilledgeville (Georgia) eine Pflegerin ermordet hatte, wurde ebenfalls gehängt. Er wurde in den Wald geschleppt, an einen Baum gebunden und mit schweren Stöcken zu Tode geschlagen.

Geschäftliches.

Stauchip. Die landwirtschaftliche Handelsbank hielt am Mittwoch im Gasthof zur „Alten Post“ in Stauchip ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Der von der Geschäftsführung vorgetragene Geschäftsjahrsbericht brachte ein recht erfreuliches Bild über die außerordentlich günstige Entwicklung des Unternehmens trotz der schweren Krisen, die die Landwirtschaft in dem vergangenen Jahre durchgemacht hat. Die Steigerung des Gesamtumsatzes auf 28 Mill. Mark und die Steigerung des Warenumverkaufs um ca. 100 Prozent legt ein berechtigtes Zeugnis ab für den guten, gefundenen Geist, der in der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung eine wichtige Rolle spielt. Hervorzuheben ist aus der Jahresbilanz noch, daß die von der landwirtschaftlichen Handelsbank Stauchip aufgewerteten Spareinlagen, Betriebsinlagen und Geschäftsbanteile die Summe von 9100 Goldmark ausmachen, trotzdem eine gelebte Verpflichtung zur Aufwertung nicht vorliegt. Die aufgewerteten Spareinlagen kommen nicht allein landwirtschaftlichen Kreisen, sondern auch einem großen Teil kleiner Sparen zu gute. Die statutgemäß ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden wieder gewählt. Die Geschäftsführung schloß 26 Uhr die Generalversammlung in der Hoffnung auf einen weiteren günstigen Fortschritt des Unternehmens.



Neubestellungen

auf das Niesa Tageblatt zum Besuch auf Oktober nehmen jederzeit einzigen für

Boberken: C. Lange, Röderau, Grundstr. 14

Glaubitz-Sageritz: A. Röthig, Raderitz Nr. 64 b

Görlitz: A. verm. Riedel, Alleestr. 1

Grödel: P. Cießlaf, Langenberg Nr. 17

Kalbitz: F. Steinberg, Pauls Nr. 8

Langenberg: P. Cießlaf, Schuhmachermeister, Nr. 17

Leutewitz bei Niesa: A. Hammisch, Nr. 3

Mergendorf: F. Straube, Poppig Nr. 14 b

Moritz: P. Cießlaf, Langenberg Nr. 17

Niedritz: F. Steinberg, Pauls Nr. 8

Raudnitz: A. Jordan, Langenbergerstr. 24

Sellitz: W. Schwarze, Nr. 41

Soppig bei Niesa: F. Straube, Nr. 14 b

Studnitz: A. Röthig, Nr. 11

Niesa: Alle Zeitungsträger und zur Vermittlung an

diese die Tagesschafft-Geschäftsstelle Goethestr. 59

(Telefon Nr. 20)

Röderau: M. Schöne, Grundstr. 16

Seehausen: F. Steinberg, Pauls Nr. 8

Weida (Alt): R. Schulze, Döbelner Str. 20

Weida (Neu): D. Bachtel, Grenzstr. 18

</

Dresdner Brief.

Auf und Abbaus, das sind die zwei Worte, die nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Dresden die Bevölkerung in Bewegung hält. Klüger Zukunft sieht und fällt mit diesen zwei Worten. Gegenwärtig ist das Wort Abbau, und mit atemloser Spannung laufen die Leute durch die Straßen und sammeln sich vor den Auslagen der Geschäftshäuser und studieren die Preisschilder, weil die Regierung vor das Wort Abbau, das Wort Preis gestellt hat. Freilich, die Möglichkeit, oder Unmöglichkeit eines Preisabbaus bei den gegenwärtigen deutschen Verhältnissen zu erwägen, fällt einem Menschen ein. Dummerweise erwartet nun ein jeder, daß der Einzelhändler, und nur weil er dem laufenden Punktum am nächsten liegt, seine Preise herabgesetzt und wechselt, so er es nicht tut. Eine besondere Klasse Menschen, denen die Logik und jedes Rechtsverständnis fehlt, lungen schon hinter den Ecken, um bei der Hand zu sein, wenn die Art der Masse das Zeichen zur Selbsthilfe gibt, und die Schauspieler zertrümmern in wohmwürdigem Nachdenken. Gerade in Dresden hat man es ja schon erlebt, wie wenige nach Gedanken darüber machen, was die Ursache jeder Wirkung ist. Wenn im Geiste das Wort Preisabbau herumkursiert, der denkt zu allererst an das Tarifabkommen. Das ist der unerlässliche Schlund, von dem der vergoldete Schweiz des deutschen Volkes aufgelogen wird. Tarifus heißt der Begriff des deutschen Volkes. Um diesen Begriff zu besiegen, muß das deutsche Volk einsam sein und geschlossen, unabdingt Ablösung der Kriegsschuldfrage fordern. Dann erst ist ein geunder Preisabbau möglich. Der Preisabbau ohne vorherige Befestigung des Begriffs führt töricht zum Zusammenbruch. Sie haben noch lange Zeit, die eine gesunde deutsche Wirtschaft erleben wollen.

Wie der Abbau die Gemüter immer in Erregung hält, so fesselt andererseits aber auch der Aufbau die guten Dresdner. Für die Sczepelin-Sprudt wird mit Eifer geworben und gesammelt, denn die Dresdner haben erfahren, daß Kunst, Wissenschaft und Technik Geistes- und Kulturgüter sind, ohne die ein Volk einfach zur Zootologie gezählt werden muß. Für diese Kulturstufe aber bedankt sich der Dresdner, der weiß, daß Sczepelin genialen Werk die Erde des gesamten Volkes ist, und darum spendet und sammelt er, und hofft im stillen, daß das neue Luftschiff "Dresden" getauft wird.

Währenddessen handelt im Stadtverordnetenkollegium. Einige Parteien wollen den Stadtverordneten-Vorsteher Rechtsanwalt Rohrmann abbauen. Aber das Misstrauensvotum einer Minderheit verlegt den Herrn Vorsteher absolut nicht, zumal er seinen Gegnern mit advokativer Taktik nachweist, wie unbearbeitet das ausgeschlossene Votum steht. Obwohl er die Gegner nicht überzeugen konnte, blieb er, und so fiel dieser Abbau zu den übrigen.

Aber man soll nun nicht glauben, trotz dem eisigen Beamtentrieb, daß im Dresdner Rathaus nur noch abgebaut wird. Am Gegenteil. Das Ausbauwerk der Europa-Union wurde hier begonnen und mit schönen Reden gefeiert. Unter guter Engel, der bedeutende Vorsteher und Freund der Deutschen, Sven Sczepelin, war auch dabei. In seiner Ansprache betonte er, daß die Zukunft der Luftschifffahrt und der deutschen Europa-Union gehören, deren Anfang die größte Beziehungsgegenwart darstelle. Auch lebte er an Deutschlands Zukunft die größte Hoffnung. Und dann wurde auf unserem abgebauten Flugplatz ein Großengang der Europa-Union auf den Namen "Dresden", durch die Frau Oberbürgermeister getauft. Darauf sind wir Dresdner natürlich stolz. Wer also jetzt von außen nach Dresden kommt, soll sich nicht wundern, wenn er die sächsische Gemüthsart nicht mehr vorfindet.

Aber der Abbau der sächsischen Gemüthsart ist kein Grund, den Aufbau zu vernachlässigen. So baute man in Dresden die landwirtschaftliche Ausstellung auf. Man wird nun und mit Recht sagen, was hat die Landwirtschaft mit den Großstädtern zu tun. Oh, sehr viel. Den Dresdnern soll ein Platz ausgewiesen, welsch gewaltiger Apparate arbeiten muß, um eine Großstadt mit Milch, Butter, Quark, Käse, Fleisch, Mehl, Kartoffeln, Kraut usw. zu versorgen, damit sie nicht mehr über die hohen Preise und über die Pandurite schimpfen. Sie sollen einmal einen Begriff von Ackerbau und Viehzucht bekommen. Damit die Dresdner auch hingehen, hat man ihnen einen bunten landwirtschaftlichen Festzug und ein richtiggehendes Centefest beschert. Nun gehabt wieder eine Weile und der Dresdner wird den Preisabbau vergessen.

Doch wo aufgebaut wird, wird auch eingerissen. Auf dem

Abbauprogramm steht jetzt der Radiosimmel. Man merkt schon, daß ein gutes Grammophon viel schöner sein kann und daß der Rundfunk mehr Kunstverdruck, wie Kunstgenuss bietet. Wer gibt dafür noch Geld aus? Also mehren sich die Schwarzhörer. Doch das Unglück schreitet schnell. Die Überwolfsktion geht in ihrem Markt schon plauschig vor und hat so häufig von den Schwarzhörern gestohlen, bestohlen lassen und ihre Apparate konfisziert. Der Unternehmer selber baut ab. Trotzdem schreitet die Technik fort. Alles Autohandelsläden werden jetzt "Autozuer" aufgebaut, die den Feuerwehrmännern zum Verwechseln ähnlich sehen. Ich sehe schon kommen, daß sich an diesen Apparaten verwechselt machen abspielen werden. Der Sinn der Apparate ist, daß man sich die Autodroschen nach einer beliebigen Stelle in der Stadt rufen kann, ohne erst nach dem Autobahndrasen gehen zu müssen. Ein Vogt holt mich mir aus Knie, wenn da nicht einmal ein dummer Spatz vogel sämtliche Dresdner Autodroschen ins Blaue hineinlaufen läßt. Aber dann wird der "Autozuer" wieder abgebaut.

Aufbau und Abbau stehen eben immer in Wechselwirkung. Die sächsische Gleitboot-Gesellschaft wird demnächst mit riesigen Gleitbooten, welche mittels Propeller sich vorwärts bewegen und eine Geschwindigkeit von 60 Kilometern erreichen, die Verfolgungsbedrohung auf der Elbe in Dresden eröffnen. Werden diese Gleitboote unsere Gleedampfer nicht zum Abbau zwängen? Über zu Schlevodampfern degradieren? Mal sehn, wer wahrhaftester ist. Auch in der Welt der Kriegsführung ringt Auf- und Abbau miteinander. Auf der Dresdener Vogelwiese hat jetzt der Arktus Straßburger seine Nistensetze aufgesetzt und erfreut sich guten Zuflusses, während der schöne Dresdner Arktus immer hundeselbst bleibt. Sind die Dresdner von seiner schmalzenden Kostüm angefressen? Will man keinen Abbau erzwingen? Die Zeit wird es lehren. Wollen sehen, was und Saragani aus Amerika schönes mitbringt. Doch was kann aus Amerika Gutes kommen? Haben wir nicht eigene Erfahrung? Oder wollen wir die etwa auch noch abbauen?

B. Alexander Köbler.

Bermischtes.

Das Flugzeugunfall in Bremen. Zu dem Flugzeugunfall auf der Bahn erfahren wir noch, daß es sich nicht um einen Verkehrsunfall, sondern um einen Sonderfall des betr. Unternehmens handelt, da ja Verkehrsunfälle zur Nachzeit aus Gründen der Sicherheit noch nicht ausgeführt werden. Aufsolle verdeckter Nachricht wurde die Landebelichtung nicht rechtzeitig ausgelöst, sodass der Pilot erzwungen war, mit Hilfe von Leuchtkugeln zu landen. Nach Angabe des Führers verjagte auch die Landebelichtung, mit der das Flugzeug für den Nachflug ausgerüstet war. Die Flugäste waren keine Reisenden, sondern ein leitender Angestellter des Unternehmens und ein Polizeibeamter.

Tödlicher Unfall. Ein tödlicher Unfall ereignete sich auf dem Billinger Flugplatz. Als der Monteur Meister aus Billingen den Probelauf des Postflugzeuges zum Flug nach Baden-Baden antrieb, erhielt er von ihm einen Schlag in den Rücken, der ihm die Beinmarken und das Rückgrat zerstörte. Auf der Fahrt zum Krankenhaus erlag der Verunglückte seinen Verletzungen. Er hinterließ eine Witwe mit mehreren Kindern.

Zwei Zugunfälle in Böhmen. Am Sonntag nachmittags trennten sich in der Station Teplitz die beiden fünf Wagen von einem Lastzug. Zwei von ihnen entgleisten und stürzten quer über die Schienen. Ein Premer wurde in Stücke gerissen. Der Materialwagen hielt ein Kettenzug auf eine Reihe von Wagen, die auf dem Einfahrtsgleis standen. Vier Wagen entgleisten, die Lokomotive wurde beschädigt. Fünf Reisende wurden leicht verletzt. Der Betriebe wurde nicht unterbrochen.

Unschlag auf den Zug Hongkong — Canton. Aus Shanghai wird gemeldet: In der Nacht zum Sonnabend feuerten chinesische Banditen auf der Strecke Hongkong — Canton auf einen Zug, in dem sich 16 amerikanische Reisende befanden. Die Amerikaner blieben unverletzt, dagegen wurden vier Chinesen verwundet.

Automobilunglück. In Rhone am Rhein wurden in der gestrigen Nacht der Schuhmachermeister Wiener, seine Frau und Tochter sowie ein Fräulein Schreiter vor einem Personenträgerwagen überfahren. Die drei

Erstgenannten waren sofort tot. Fräulein Schreiter wurde schwer aber nicht lebensgefährlich verletzt. Die Insassen des Kraftwagens blieben unbeschädigt.

Der Rundfunk entdeckter Autodieb. In der B. B. lesen wir: Vormittag: Vor dem Winterfeldpolizeiposten (Berlin) wurde ein dem Kapellmeister Gottschalk gehöriges Auto gestohlen. Mittags: Durch Rundfunk wurde bekannt gegeben, daß der Wagen I A 22599 gestohlen worden ist. Nachmittag: In Magdeburg wird der Wagen I A 22599 angehalten. Abends: Der Dieb, Fritz Claus, wird nach Berlin gebracht. Radius: Claus verläuft in der Zelle den Gefangen des Radios.

Bombenattentat in Simla. Während des Vorberichtes des 8. Gurkha-Regiments explodierte eine von unbekannten Tätern geworfene Bombe. Vier Personen wurden getötet, drei lebensgefährlich und sechs leicht verletzt. Bei dem Anschlag sind hauptsächlich Soldaten zu Schaden gekommen.

Großfeuer. Am Sonnabend nachmittags entstand in den Räumen der Kurz- und Spielwarenhandlung Billmann in Oschatz durch Fallenlassen einer mit Explosivstoffen gefüllten Schachtel ein Feuer, das sich mit ungemeiner Schnelligkeit über das ganze Geschäftsgeschöpfe ausbreitete. Nur mit Mühe gelang es, ein Nebenkabinett des Feuerwehr auf die Handelskammer zu verhindern. Ein Privathaus, dessen Dachstuhl von den Flammen erfaßt worden war, mußte geräumt werden. Die Feuerwehr mit die ganze Nacht an der Brandstelle tätig. Der durch Versicherung bedachte Schaden wird auf eine halbe Million geschätzt.

Scheunenbrand. In Daber (Kreis Naugard) brannten in der gestrigen Nacht im Scheunenviertel 11 Scheunen mit Erntevorräten nieder. Ein Mitglied der freiwilligen Feuerwehr, der Bader Kersten, wurde von einer entzündenden Wanne begraben und schwer verletzt.

Durch Sohn und Frau ermordet. Blättermeldungen zufolge wurde im Kreis Ratibor der 57 Jahre alte Bauer Wilita von seinem Sohne in Gemeinschaft mit seiner Mutter ermordet. Man glaubte zunächst an einen natürlichen Tod. Ein Landjäger stellte kurz vor der Beerdigung Ermittlungen an, die zur Aufzündung der Wurfwaffe und Enttarung der Täter führten.

Weißfischer Mörder. In Prag wurde ein gewisser Balchanc aus Podolitz verhaftet, der gehandelt, seine zwei Geliebten getötet und eine dritte Frauensperson in bestialischer Weise schwer verletzt zu haben.

Eine würdevolle Geschichte. Ein zweiter Sohn des Herzogs Libor von Büttenberg, Maria Theresia, hat in der Benediktinerinnen Abtei zu Eibingen bei Kiedrich die ewigen Gelübde abgelegt. Als Diakon fungierte bei der kirchlichen Handlung ihr Bruder, der dem Benediktinerkloster Beuron angehört.

Die Geschwister der Shenandoah. Nachdem nun der Stolz der amerikanischen Luftschaftsflotte, die Shenandoah dahin ist — Z. A. III, die Los Angeles ist Handelsluftschaft — nimmt man im allgemeinen an, daß damit auch die Luftschaftsflotte der amerikanischen Marine erledigt ist. Dem ist aber nicht so. Amerika verfügt außer den genannten noch über 14 Luftschaften, von denen neun bei der Landarmee und fünf bei der Marine Dienst tun. Freilich können diese Luftschaften nicht mit dem zerstörten oder gar mit dem Z. A. III in einer Linie gestellt werden. Manche von ihnen werden wohl kaum noch von

Wenn Ihr Kind anfängt in die Spielsachen zu beißen,

müssen Sie es sorgfältig beobachten, denn der Zeitpunkt des Bahnens ist dann nahe und Sie werden bald in dem kleinen roten Mund den ersten Biss erblicken.

Sein Magen ist in dieser Zeit sehr empfindlich, und wenn es dann nicht die ihm bekannte Nahrung erhält, so wird es leicht Fieber haben, und schlafelose Nächte werden die Folge sein.

Nichts wird das Kind tören und nichts wird Sie selbst in Unruhe versetzen, wenn es normal erwährt wird, und um dieses Ziel zu erreichen, geben Sie ihm Nestle's Kindermehl. Eine Probebox und illustrierte Broschüre über Säuglingspflege kostetlos und unverbindlich durch "Linda"-Gesellschaft m. b. H., Berlin W 57, Bülowstr. 56.

Überflutung und Wassersnot.

Von A. Liermann.

Wiederum trägt der Drath eine furchtbare Schredensünde von der größtenden Gewalt entsetzter Naturgewalten nach allen Richtungen der Windrose. China ist infolge von ungeheuren Wolkenbrüchen, die ein schnelles Ansteigen des Stroms verursachen, von einer weit ausgedehnten Überschwemmung betroffen worden. Daburch sind nicht nur Hunderte von Ortschaften zerstört und ungewollt Schaden angerichtet worden, sondern auch mehrere Tausend Menschen ums Leben gekommen. Die Erde ist in weiten Gebieten verschüttet, sodass eine Hungersnot und Unruhen in der Bevölkerung zu befürchten sind. Es ist ein Unglück von ungeheurem Ausmaße, wenn es auch weit hinter dem vom August 1924 zurückbleibt, wo in China eine Überschwemmung noch weit weitere Gebiete umfaßte und 5000 Menschenleben forderte.

Überschwemmungen und Wassersnot gehören zu den furchtbarsten Heimataufgaben der Menschheit, weil sie ihnen oft machtlos gegenübersteht, und der Festlandsbewohner, der nicht an Flüssen oder Meeren seinheim hat, kann sich kaum einen rechten Begriff davon machen, welchen Schaden es unter der Bevölkerung hervorruft, wenn die Sturmflut womöglich durch die dunkle Nacht heult. Wenn von Überschwemmungen und Wassersnot die Rede ist, denkt man zunächst mehr an die großen Gefahren und Zerstörungen, welche das Meer durch Sturmfluten und Sturmwellen infolge der Schneeschmelzen und Regenfälle hervorruft. Allbekannt ist die verheerende Wirkung der großen Sturmflut vom Jahre 1834, durch welche die Nordseeinseln betroffen und ein großer Teil der Halligen zerstört wurde, sodass die Karte der nordfriesischen Inseln ein ganz anderes Aussehen erhielt. Selbst die Ostsee, in der sich Höhe und Flut meist fast nicht bemerkbar machen, hat Sturmfluten mit furchtbarem Wirken selbst noch in jüngster Zeit gehabt, daß man es kaum glauben möchte, wie hoch nach den Wassermarken, die sich zum Beispiel in Travemünde und Wismar an den Häusern finden, das Wasser gestanden hat. Von einer der größten Sturmfluten, die im Jahre 1872 die Ostseeliste heimsuchte, gibt uns der Schriftsteller Friedrich Spielhagen in seinem Roman "Sturmflut" ein anschauliches Bild.

Selbst Bäume und Blätter, die während des größten Teils des Jahres als kleine Minnale träge dahinschleichen, ja, wohl ganz austrocknen, haben manchmal ihre Rinden und Äste. Der Besucher der alten Meisterschaft Weimar ahnt kaum, wenn er durch den von Goethe und Schiller für einige Seiten gehiebten Park schreitet, durch den im Schatten alterwürdiger Bäume die Sonne behutsamlicht, daß auch dieses Blätter zu einem reisenden

Strome hat werden können und daß es auch in der Dichtestadt einst schwere Wassersnot gegeben hat. Nur derjenige, der einmal die Schreden einer Überschwemmung und einer Wassersnot erlebt hat, wird so den tiefen Sinn der Bitte, wie sie noch heute in dem allgemeinen Reichsgesetz um Bewahrung vor Feuers- und Wassersnot enthalten ist, verstehen, und auch, daß damit zugleich die Bitte um Bewahrung vor Hungersnot, wie sie jetzt wieder auch in China droht, verbunden ist. Auch Döbelsigkeit und Wohnungsnott sind in der Regel die Begleiter von Feuers- und Wassersnot.

In früheren Zeiten waren die Gefahren einer Überschwemmung und Wassersnot noch weit größer als heute. Wenn man den entsetzten Naturgewalten oft auch machtlos gegenübersteht, so hat doch menschliche Tatkraft im Laufe der Jahrhunderte vieles geschaffen, um die Gefahren zu bannen oder herabzumildern. Nicht immer sieht der Westlich Sturm und Flut so völlig ohnmächtig und ratlos gegenüber wie dann, wenn sie zum Beispiel über die ungeschützten Hölften der Nordsee dahinbrausen. Erstrebend sind die Schilderungen von Sturmfluten und der Schreden der Festlandbewohner, wenn einmal die Elemente entfesselt waren. Sie brausen über den flachen Dienestrund dahin und reißen alles mit sich, und den Bewohnern bleibt nur die Zuflucht auf ihre Warte. Aber auch diese ist keine leste Burg, und höher und höher steigen oft die Fluten, sodass sie sogar das Dach erreichen, und Woge um Woge prallt um das Haus. Auf dem Hausboden warten dann die Bewohner die verhängnischwangeren Stunden ab, in der bangen Sorge; wird das Haus Sturm und Flut standhalten?

In Jahrhundertelanger Arbeit aber haben die Einwohner von gefährlichen Küsten und des beim Sturm wildbrauenden Meeres Wallwerke von ungeheurer Ausdehnung errichtet, um den Naturgewalten Raum und Zügel anzulegen. Das sind die Dämme und Deiche, die sich viele Hunderte von Meilen an den Küsten und Straßen dahinzogen. Sie bilden ein funktions- und weit verzweigtes Netz von festen Anlagen aus Erde und Stein, deren Schöpfung ein gewaltiges Stück Menschenarbeit darstellt und deren Unterhaltung und Überwachung dauernd notwendig ist, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen. Trotzdem aber droht nicht selten Gefahr, sei es, daß der Damm über der Deiche zu brechen oder die Fluten über diese hinwegzugehen drohen. Dann arbeiten die Einwohner bei Tag und Nacht, bei Sturm und Wellen mit furchtbarer Haste, um die Dämme und Deiche zu halten. Aber wehe, wenn es, wie jetzt in China verloren geht ist! Bricht der Damm, so ergiebt sich innerhalb weniger Minuten die Flut über das ganze dahinterliegende Land und zerstört Dörfer und Städte, erträgt Bewohner und Vieh. Da gibt es kaum eine Rettung,

Mit Recht haben daher die Einwohner von Meeresküsten und Flussniedernungen besondere Pflichten. Für sie gilt das Deichrecht, das sich aus dem Gemeinderecht der Seebewohner entwickelt hat. Es verpflichtet sie, die Deiche und Dämme zu erhalten und vor Bruch zu schützen. Das Deichrecht, die Deichabnungen und Deiche legen jedem, dessen Grundstück durch die Überschwemmung des eingedrehten Wassers ledern würde, die Pflicht zur Mithilfe bei Erhaltung von Deichen und Dämmen auf. Die einzelnen Gemeinden bilden zu diesem Zweck einen Deichverband. Wie wichtig die Verstärkung zur Wirkung bei der Auflösung und Erhaltung der Deiche ist, geht schon aus dem Sprichwort hervor: Wer nicht will deihen, der muss leiden. Nur besondere Vorschriften entbinden von dieser allgemeinen Pflicht und lassen Deichgenossen verfallen dem "Spatenrecht", wann ihr Grundstück nach Verlauf einer bestimmten Frist versteigert werden kann. Tritt die Gefahr eines Deichbruches ein, so heißt es wie bei drohendem Raub: Wer nicht will deihen, der muss leiden. Nur besondere Vorschriften entbinden von dieser allgemeinen Pflicht und lassen Deichgenossen verfallen dem "Spatenrecht", wann ihr Grundstück nach Verlauf einer bestimmten Frist versteigert werden kann. Einige Streitigkeiten über die Deichangelegenheiten werden sogar von einem besonderen Gericht, dem Deichricht, entschieden, dessen oberster Richter, dem Deichgrafen, eine Anzahl von Deichbeamten zur Seite stehen. Diese Personen sind es auch, die zu gewissen Zeiten, besonders dann, wenn Hochfluten in Aussicht stehen, also im Frühjahr und Herbst, eine Beobachtung des Deiches, die Deichschau, vornehmen. Die Bedeutung der Überschwemmungsgefahren erhellt auch besonders dadurch, daß die Freie Stadt Danzig als ehemaliger deutscher Staat ein Gesetz über eine Art Arbeitsdienst, wodurch die Bewohner Danzigs zu Deicharbeiten und Übungen eingezogen werden können, unlangt mit großer Mehrheit angenommen hat, weil die Stadt infolge der Verwahrlosung der Hochwasserabwehranlagen der Wehrlosigkeit angesichts der großen Flutgefahr in erhöhtem Maße gefährdet ist, wie die Dämmbreche des letzten Jahres deutlich gezeigt haben.

Bilden so für die Einwohner von Meeren und Flüssen Sturm und Wasser eine feste schwere Gefahr und zeigen sich von Zeit zu Zeit wieder, daß der Mensch den Naturgewalten ohnmächtig gegenübersteht, so kann Wassersnot auch im umgekehrten Sinne verhängnisvoll werden. Den Küstenreisenden umläuft sie schlimmer als der Tod. In diesem Sommer mussten wir es sogar erleben, daß die Reichshauptstadt von Wassersnot, Wassermangel ernstlich bedroht war, deren Folgen, wenn sie größeren Umfang angenommen hätten, kaum abzuschätzen wären.

praktischer Bedeutung sein, denn allein abwif von den Schiffen gehören dem unstarren System an, das längst veraltet ist. Tatsächlich werden sie auch nur noch zu Übungslügen verwendet und sind aus den Berechnungen der Heeres- und Marineleitung vollkommen ausgeschlossen. Die Luftschiffe der Landarmee haben von 43 000 bis zu 326 500 Kubikfuß Inhalt. Das größte ist also achtmal so groß wie das kleinste. Die Luftschiffe der Marine haben von 170 000 bis zu 250 000 Kubikfuß Inhalt. Viel Staun fand man aber mit diesen Leichtballons nicht gerade machen und die Zahlen, die von den Katastrophen sprechen, die Amerika auch bei dem Umgang mit diesen Schiffen erlitten haben, sind geradeso erstaunlich. Vor vier Jahren wurde das Luftschiff S. S. II zerstört. 1922 verunglückte die "Roma" bei Hampton. Beim ersten Fall, fand die geläufige Besagung von 42 Mann in den Flammen des brennenden Luftschiffs um. Bei dem zweiten Fall verloren 22 Mann ihr Leben. Und dabei waren diese beiden Schiffe schon modernere Modelle, die nach starrem System gebaut waren. Wenn man davon feststellt, daß bei den deutschen Zeppelinluftschiffen abgesehen von denen, die Kriegshandlungen zum Opfer gefallen sind, seit Anbeginn nicht ein einziger tödlich verlaufender Unglücksfall vorkommen ist, so liegen die Vorteile dieses Systems wohl deutlich vor Augen.

187. Landes-Lotterie. Fünfte Klasse.

Ziehung vom 21. September 1925. (Ohne Gewähr.)
**10000 Mf.: 57352 — 5000 Mf.: 66018 — 3000 Mf.: 33855 90594 — 2000 Mf.: 39881 55114 95600 1000 Mf.: 78069 83065 83416 117489
 500 Mf.: 13064 25136 31165 41400 41768 41890 46425 58438 59920 69002 82458 94907 104600 105580 300 Mf.: 2018 3458 4260 4677 12095 19459 28170 28536 32688 34071 37917 39488 47284 54028 55149 59269 60839 66552 67761 69644 71289 74190 78712 78751 81864 85021 93777 102735 107478 111516**

Kunst und Wissenschaft.

Zum 90. Todestag Johann Peter Hebel. Am 22. September sind 90 Jahre verflossen, seit Johann Peter Hebel zu Schweigen in Baden starb. 1780 in Basel geboren, studierte Johann Peter Hebel in Erlangen Theologie und wirkte zunächst an einer kleinen Parochie am Altenkirchener Kloster im Vorort als unterrichtender und gelegentlich predigender Vikar. 1808 wurde er dann nach längerer Tätigkeit in Karlsruhe zum Direktor des dortigen Gymnasiums ernannt, zehn Jahre später zum Prälaten der Landeskirche. Berühmt geworden ist Johann Peter Hebel besonders durch seine Dialektidyllen, von denen die "Niemannischen Gedichte", "Das Schätzlein des rheinländischen Haustreubuden" und "Die biblischen Geschichten" am bekanntesten sind.

Die Dampfschiffahrt auf dem Oberrhein. Die Dampfschiffahrt auf dem Oberrhein kann in diesen Tagen auf ein hunderterjähriges Bestehen zurückblicken. Am 18. September 1823 sah man zum ersten Male in Mannheim ein auf dem Rhein fahrendes Dampfschiff. Zwei Jahre später begannen regelmäßige Dampfschiffahrt auf dem Rhein. Die Fahrt von Köln bis Andernach kostete 74½ Stunde, die Rückfahrt nach Köln 27 Stunden. Das Schiff war, wie aus Professor Dr. Walters Geschichte von Mannheim hervorgeht, 152 Fuß lang, mit den Rädern 32 Fuß breit und seine Maschine hatte 60 Pferdekraften. Der Dienst von Mainz nach Strasbourg wurde durch die prokuratorial-badische Dampfschiffahrtsgesellschaft übernommen, die von dem Stuttgarter Buchhändler v. Cotta, dem amerikanischen Konul Churard und dem Kehler Spediteur Kistling im gleichen Jahre noch gegründet wurde.

Turnen, Sport, Spiel, Wandern.

Niesaer Sportverein e. V. Niesa.

Abteilung für Jugendpflege.

Der Jugendmeister schlägt B. f. S. Deutsches 1. Jugend 7:0 (3:0).

Ein, namentlich in der ersten Halbzeit, schnelles und abwechslungsreiches Spiel unter Leitung eines sehr guten Schiedsrichters. Die Muldeleute, meiste schön gebaute Jungs, enttäuschten nach der angenehmen Seite. Ihre Angriffe wurden während der ersten Spielminuten so schnell vorgetragen, daß sich die R. S. V.-Hintermannschaft sehr zusammennehmen mußte, um Erfolge zu verhindern. Doch bald findet sich der Jugendmeister und das Rückgrat der Mannschaft, die vorzügliche Läuferreihe, legt dem Sturm die Bälle schwergerecht vor. Bei den drei Innentürmen fehlte aber die Treffsicherheit die einzige Schwäche zu sein. Sicher Sachen werden ausgelassen. Erst nach 15 Minuten Spielzeit gelingt dem Mitteltürmer der erste Erfolg, dem sich in kurzen Abständen zwei weitere anreihen. Einige schnelle Durchbrüche der Gäste unterbinden die R. S. V.-Hintermannschaft. Die 2. Halbzeit war zum größten Teil ein Abwehrkampf der R. S. V. Gegen den Jugendmeister, Sturm und Läuferreihe des Gegners waren gänzlich außer Aktion gebracht und die Verteidigung überlassen. Lange vermochten die Muldeleute das 0:0 nicht zu halten. Kurz hintereinander fielen vier weitere Tore. Der vom Rechtsaußen schön geschossene Eckball, welcher vom Mitteltürmer zum 8. Tor eingekickt wurde, war die schönste Verteilung im Spiele. Der Jugendmeister lief nicht zu der großen Form des letzten Spieles auf. Sehr gut waren die Flügelstürmer und die unermüdliche Läuferreihe. Die übrigen Leute lieferten nicht ihr bestes Spiel. Sie sind durchaus befähigt, noch Besseres zu leisten. Insbesondere daraus wachsen müssen, bedeutend schneller am Ball zu sein und zu schießen. Dem Mitteltürmer fehlt noch die nötige Spielfahrung, um den Sturm besser leiten zu können. Beide ausgetragenen Verbandsspielen hat der Jugendmeister ein Torergebnis von 16:1. D.

B. S. V. 2. Junioren gegen R. S. Nürnberg 1. Jugend (Jugend-Verlustklassen) 5:1 (Halbzeit 2:1).

Die Nürnberger Elf, die sehr aufopfernd spielte, erzielte im Anschluß an einen Eckball das 1. Tor, das der Niesaer Halbzeit kurz darauf wieder ausglich. Der R. S. V.-Sturm fand sich nicht so recht zusammen. Vor Halbzeit schick der Niedersauer nicht das Führungstor. Nach Wiederbeginn ist es wiederum der Halbzeit, der die Torausgleich auf 3 erhöht. Eine schön bereingegebene Tore des Niedersauer bringt das 4. Tor. Bis zum Schluß, in welcher Zeit der R. S. V. überlegen spielt, gelingt es Halbzeit noch einmal erfolgreich zu sein. D.

Am vergangenen Sonntag wurden von allen Mannschaften des Vereins recht beachtliche Erfolge erzielt. Unser Sieg der 1. Mannschaft über die 1. Elf des Hödelner S. C. (5:1) reihen sich weitere der unteren Mannschaften an. Die 2. Mannschaft holte sich zwei weitere Punkte vom R. S. Hödeln. Mit 4:0 wurde Hödeln bezwungen, dabei war Hödeln nicht schlecht und hatte ebenfalls ein paar Tore verdient, der schußstarke Sturm brachte aber kein Tor fertig. — Mit 6:0 Punkten und 14:3 Toren übertritt die 2. Mannschaft die Tabelle.

Die 3. Mannschaft hatte die 2. Mannschaft des S. V. Nürnberg ebenfalls im Verbandspiel zu Gaeste. Nürnberg wurde mit 8:0 geschlagen, sodass die 3. Mannschaft mit zwei Spielen mit 4:0 Punkten und 17:1 Toren auch in ihrer Klasse führt. Das Spiel

R. S. V. 2. S. — R. S. V. 2. S. fiel ins Wasser, da über die Winkelszenen Zweifel herrschten. Die Gaudehöde musste dies Spiel neu anlegen.

Mit Jugend-, Hohen- und Damenpielen wurde zusammen ein Torverhältnis von 44:7 bei 8 Spielen! In der 1. Klasse finden noch zwei weitere Spiele statt.

In Nürnberg wurde der Blaueherren knapp 2:1 (1:1) von R. S. Hödeln geschlagen. Nürnberg hatte ein Unentschieden verdient, der Sturm spielt aber zu verschaffen.

In Ostern holte sich der S. V. Grödig beim Sportverein den 1. Punkt. Die Tabelle hat nach diesen Spielen folgendes Aussehen:

Meisterschaftstabelle der 1. Klasse Bau Nordachsen.						
	Ohne Gewähr.					
	Spieler	gew.	wertig.	verl.	Tore	Punkte
R. S. V.	3	3	0	0	15:8	6:0
R. S. Hödeln	3	3	0	0	9:4	6:0
S. V. Hödeln	4	3	0	1	9:7	6:2
Geringwalde	2	1	0	1	5:8	2:2
R. S. Nürnberg	3	1	0	2	4:4	2:4
R. S. Harta	1	0	0	1	1:4	0:2
S. V. Grödig	3	0	1	2	5:8	1:5
W. S. Stefa	2	0	0	2	0:7	0:4
W. S. Hödeln	2	0	0	2	2:9	0:4
	26	12	2	12	58:58	26:26

Der Sachsenrundflug 1925.

Dresden, 21. September. Neu war die Idee des Sachsenrundfluges, der am Sonnabend und Sonntag auf der Erde Chemnitz, Glauchau, Zwickau, Plauen, Leipzig, Großenhain, Bautzen, Bitterfeld, Dresden, Chemnitz ausgetragen wurde, nicht, aber es bedurfte einer gewissen Zeit, bis der Plan gereift war. Neu war der Charakter dieser sportlichen Veranstaltung, denn als Sieg des Wettkampfs hatte man die Prüfung der Geschwindigkeit und Zuverlässigkeit von Sport-, Schul- und Reiseflugzeugen bestimmt. Wirklich läuft sich das Ganze als ein Flugzeugrennen am treffendsten darstellen. 19 Flugzeuge starteten am Sonnabend nachmittags in Chemnitz.

Auf dem Radiger Flugplatz.

Ein wunderlicher Herbsttag für das nicht sehr zahlreiche Flugplätzchen gekommen war. Etwas dieses Weiters für den Flieger konnte die Flugleitung die Zuschauer nicht vor einigen herben Enttäuschungen bewahren; der Chef pilot des Luftverkehrs Coburg, der gewonnen war, die Kunst- und Geschicklichkeitsschlüsse auszuführen, hatte hinter Coburg Maschinendefekte bekommen und konnte nicht mehr weiter. Deswegen konnten auch die Ballonfahrtshörnchen von Hindenburg (Berlin) mit einem Heimkehr-Mallorcas nicht ausgeführt werden. Nur mit den größten Anstrengungen gelang es, wenigstens für Sonntag einen Kunstflieger zu bekommen und eine Maschine zu gewinnen, von der Hindenburg abspringen konnte. Als erster von den Weltmeisterschaften landete am Sonnabend um 6:15 Uhr D. aus Gruppe C. mit Helmut Wenzel am Steuer. Bei der Landung waren anwesend Wirtschaftsminister Müller und Generalleutnant Müller. Wenzel erhielt nach einer Begrüßungsansprache einen Lorbeerkrans und einen von der Flugleitung gekürten Preis. Um 6:37 Uhr kam Udet auf 778; der Flieger hatte in Bühlau notlanden müssen, dadurch aber eine Zeitverschiebung von 4 Stunden sich zugesogen und mußte deswegen am Sonntag früh 7 Uhr nach Bautzen zurück und den Flug von Bautzen nach Dresden wiederholen. Am Sonntag herrschte ein ununterbrochenes Kommen und Gehen von Flugzeugen auf dem Platz. Um 7:41 Uhr fuhr Wenzel mit D. 655 nach Chemnitz ab. Udet karrte 7:15 nach Bautzen, landete 8:22 Uhr wieder in Dresden, um 8:27 Uhr nach Chemnitz weiterzugehen. Dann kamen Student, Jeschonnek, Claffen, Heine, Maas, Rosenstein, Sommer usw.

Der Sonntag nachmittag brachte endlich den erwarteten Wetterbalsch, der Radiger Flugplatz war das Ziel vieler Tausenden. Aber auch die Flugleitung war gerüstet und sie sorgte unermüdlich dafür, daß nicht eine Sekunde die Range wolle aufkommt. Da waren es vor allem die ankommenden und abschaffenden Flieger des Sachsenrundfluges, die das Interesse des Publikums wachrufen. Dann hob sich das Flugzeug Trumpp der gleichnamigen Berliner Schokoladenfabrik in die Höhe und vollführte die weghabfahrt Kunst- und Geschicklichkeitsschlüsse.elleicht läßt sich diese Beherrschung der Maschine am treffendsten vergleichen mit der Begehrung eines edlen Pferdes, das unter seinem Reiter die hohe Schule geht. Viel Spaß machte es der Jugend, auch der reisenden, als der gewandte Pilot Hunderte von Schokoladenproben abwarf, die schnell aufgesessen und einer Prüfung unterzogen waren. Bei Heiterkeit erreigte auch das Ballonfahrtchen; die Flugleitung ließ kleine Kindballons aufsteigen und bester Versuch war, diejenige, die den kleinen Ballon und Gerber versuchte nun, die in seinen Propeller anbekommen, was ein lauter Knall fast ausnahmslos befundete. Nebenwohl war es wichtig, wenn mal einer der Ballons zwischen die Tragflächen des Doppeldeckers durchschlüpft und dann in den Luftröhren des Flugzeuges geriet, daß das Publikum schützte sich vor Bachen über die Kapriolen, die der kleine Ballon dann machte. Dann stieg Hindenburg mit seinem Hallstrom auf den Werderburger Bahnen hoch, um anwaltig aus etwa 800 Meter Höhe abzuspringen; ein zwar lange Geduld, dann spannte sich der Sehnen, unter der gespannten Sehnen stand hing der Springer, um bei der Windstille fast senkrecht zur Erde niedergezugehen. Keiner Beifall lohnte die Kühne Tat. Dann wurden 20 Freiflüsse ausgelöst und bis zum Eintritt der Dunkelheit auch einige dieser Freiflüsse abgeschlossen; die noch ausstehenden werden in der nächsten Zeit nachgeholt werden. Bei der Masse der abgegebenen Höhenwürden wird eine kleine Selt vergeben, bis der Sieger bekannt gegeben werden kann. Alles in allem: das Publikum kam am Sonntag wirklich auf seine Kosten.

Der Sachsenrundflug nahm am Sonntag abend 6:15 Uhr bei prächtigem Wetter in Chemnitz sein Ende. Von den 88 gemeldeten Flugzeugen erschienen nur 19 am Start. Die Wettkämpfer beendeten das Rennen in folgender Reihenfolge: 2:40 Uhr Student auf D. 778, 2:50 Uhr Jeschonnek auf D. 661, 3 Uhr Udet auf D. 778, 2:19 Uhr Heinz auf D. 514, 2:19 Uhr Heinz auf D. 514, 2:57 Uhr Gassen auf D. 650, 4:28 Uhr Wenzel auf D. 655, 5:16 Uhr auf D. 528, 5:18 Uhr Rosenstein auf D. 621, 5:24 Uhr Dietrich auf D. 655, 6:07 Uhr Sommer auf D. 655, 6:26 Uhr Schüler auf D. 664. Gesamt-Sieger und zugleich Sieger der Klasse C wurde Flieger Student auf Albatros D. 778, der allerdings der zuerst vorgelegten 8 Stunden nur 2 Stunden zu fliegen hatte. In der Gruppe C wurde Jeschonnek ebenfalls auf Albatros C. 651 Sieger, und in der wichtigsten Gruppe teilten sich Radiger und Rosenstein auf Dietrich D. 622 und 661 in den Sieg. Die genannten Ergebnisse einschließlich der geflogenen Seiten können allerdings erst in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Ergebnis in der Moskauer Autoprüfungsfahrt.

Zum seiten berichteten Ergebnis der Moskauer Autoprüfungsfahrt ist nachzutragen, daß in der Volkswagenklasse bis 2,5 Tonnen Steyr, in der LKW-Klasse bis 5 Tonnen Mercedes und Romnit für beide teilnehmenden Wagen den ersten Preis erhielten.

Handel und Volkswirtschaft.

An der Berliner Börse war auf dem Rentenmarkt auch am Montag das Geschäft im allgemeinen nicht erheblich, und die Tendenz unterlag großen Schwankungen. Ein anfängliches leichtes Abbröckeln der Kurse wurde von einer mäßigen Erhöhung abgelöst, die sich jedoch nicht bis zum Schluss der Börse behaupten konnte. Wieder waren es nur wenige Spezialwaren, die größerem Interesse begegneten. Auf dem Rentenmarkt schloß die fünfzig Prozent Reichsbahnleihe mit 0,2888 Prozent. Schuhgeschäftskante, die anfangs 6,25 notierte, mußte bis auf 6,66 Prozent nachgeben. Das Geschäft in fremden Renten war gering. Von Bankaktien waren nur Metzgerbankanteile um etwa 2% Prozent gestiegen. Eisenbahngesellschaften lagen sehr still. Unter den Schiffsaktien notierten die genannten Hamburg-Süd 2,5% Prozent. Am Montanaktienmarkt erzielten anfangs einige führende Werte, wie Höhenzollernkrone und Laurahütte eine Besserung von 1% Prozent, die sie aber nicht behaupten konnten. Sömmliche übrigen Werte waren gedrückt. Ebenso Steinloßhütte lag um 3 Prozent. Holzwerke schwankten im Kurse, Harz- und chemische Werte mühten durchgehend nachgeben. Ebenso Elektroaltdärme und ausländische Werte der Maschinenfabriken. Der Tag für tägliches Geld war 8 bis 9% Prozent. Der Privatdiskont blieb unverändert. An der Produktionsbörse war am Montag das Geschäft in Brotpreise nicht besonders groß. Die Mühlbäume faßten sehr vorsichtig. Butter-Hof war gefragt, während Butter nur kleines Geschäft hatte.

Angestellte Handelsverhandlungen der deutschen Karbenindustrie mit der japanischen. Zu der durch die Presse gegangenen Nachricht über angebliche Handelsverhandlungen eines Zusammenschlusses der deutschen Karbenindustrie mit der japanischen erschien wie von außeräußerer Seite folgendes: An dieser Nachricht ist nur richtig, daß Director H. Weibel von der Badischen Aktiengesellschaft, zu dessen Besitz der Karben- und Kohlenkohle, zu dessen Besitz der Karben- und Kohlenkohle gehört und der früher Japan bereit, wieder einmal auf Reisen geht, um mit den Organen in Japan an Ort und Stelle Besprechungen abzuhalten. Alle Nachrichten, die auf Grund dieser Meile und der durch die Presse angesetzten Mitteilungen gefolgt worden sind, sind als ungutstellende Kombinationen zu bezeichnen.

Zeitungsbeobachtungen im Rheinland. Bei den Rheinischen Stahlwerken sollen, wie die Blätter melden, wegen Auftragsmangels anfangs Oktober 350 Arbeiter entlassen werden. Die Belegschaft des Werkes, die im vorigen Jahre noch 2000 Mann betragen hatte, würde damit auf 250 zusammenfallen.

Amerikanische Anleihe für Bremen. Bösmanns Telegraphenbüro meldet: Zwischen der Finanzdeputation der freien Hansestadt Bremen und einem unter Führung der Garantie-Trust-Gesellschaft, New York mit der J. G. Schröder, Bankkommittagsgesellschaft auf Aktien, Bremen, der Berliner Handelsgesellschaft, Berlin und W. M. Warburg u. Co. in Hamburg gebildeten Konsortium ist der Vertrag über eine prozentuale Anleihe in Höhe von 10 Millionen Dollars mit einer zehnjährigen Laufzeit zum Abschluß gekommen, die an der New Yorker Börse sowie in Holland, England und der Schweiz zum Kurse von 94% Prozent zur Bezeichnung aufgelegt werden soll. — Zu dem Abschluß der deutsch-amerikanischen Anleihe für die freie Hansestadt Bremen wird ergänzend noch mitgeteilt, daß es sich im ganzen um 15 Millionen Dollars handelt. Hierzu werden zurzeit 10 Millionen Dollars zur Bezeichnung aufgelegt. Die restlichen 5 Millionen Dollars sollen entsprechend dem Bedarf des bremischen Staates und den Verhältnissen des New Yorker Marktes folgen.

Die Funktionsverhandlungen im Aulnus-Konzern. Die Meldung der Kölnischen Zeitung aus Wiesbaden, wonach der Funktionsvertrag innerhalb der Interessengemeinschaft der deutschen chemischen Großindustrie (Aulnus-Konzern) nunmehr unterzeichnet worden sei, entspricht, wie A.T.B. von unterstchter Seite erklärt, nicht den Tatsachen. Es haben zunächst nur Vorbesprechungen stattgefunden, die zu einem Ergebnis geführt haben, das nunmehr den Aufsichtsräten der in Frage kommenden Gesellschaften unterbreitet werden soll. Über die endgültigen Funktionsbehandlungen haben die Generalversammlungen zu entscheiden, die vorausichtlich erst im kommenden Frühjahr aufzutreten werden. Es ist naturgemäß noch eine große Zahl von technischen